Nummer 21 Hamburg, 23. Mai 1931 43. Jahrgang

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₰ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₰, für Versammlungsanzeigen 50 ₰ die Zeile.

ERNST PRECZANG

PFINGSTGRUSS

So sprecht denn heut mit Feuerzungen!
Schwur sei und Flamme jedes Wort.
Und heiss wie es dem Hirn entsprungen,
Glüh es in allen Herzen fort:
Nie wieder dienen wir dem Geist,
Der uns zurück in tote Tage weist.

Und brauen sie an allen Ecken
Heimlich den alten Teufelstrank,
Wir wollen nicht noch einmal schmecken
Das Gift, das einst das Blut bezwang.
Nie wieder fesselt uns der Geist,
Der blind in Sklaven und in Knechten kreist.

Klebt heuchelnd auf versessnen Stühlen
Und windet euch am grünen Tisch —
Welk euer Laub, das sollt ihr fühlen!
Doch unser Baum sprosst jung und frisch.
Nie wieder blüht der alte Geist,
Der Diktatoren und Despoten preist.

Kauft! Kauft euch feile Bajonette
Und zäumt den letzten Pferdeschwanz.
Trotz Gold und Eidbruch wird, ich wette,
Der Tanz für euch ein heisser Tanz.
Beflügelt stellt sich euch der Geist,
Der Sonne, Freiheit, Frieden heisst.

Gewalt, ihr Herrn? Weh eurem Götzen,
Lockt er der Arbeit harte Faust.
Des seid gewiss: dann fliegen Fetzen,
Dass euch vor eurem Wahnwitz graust!
Dann ruft die Republik den Geist,
Der euer Kartenhaus zu Boden reisst.

Nie wieder ihr! . . . Licht dem Geringsten
Und Freude, Brot in jedes Haus!
Nie wieder! . . . Ruft die schönen Pfingsten
Des Werdens und des Blühens aus.
Was in Millionen Herzen kreist,
Es bilde still die Frucht in unserm Geist!

Das Fest des Geistes

Es ist wohl eine der eindrucksvollsten biblischen Geschichten, die erzählt, wie der Geist in Gestalt einer weißen Taube vom Himmel schwebte, und wie die versammelten Anhänger des zum Himmel gefahrenen Jesu Christ in „feurigen Zungen" redeten und sich wie trunken gebärdeten. Die junge christliche Religion fand ihren Begeisterungsquell. Wie jede neue Idee, die aus den Zeitbedürfnissen entsteht, wie jede Hoffnung, die sich den Seelen überraschend und in großer Helle auftut, erzeugte sie den überschwänglichen Glauben an Wunder und nahe Erlösung. In der ganzen Geschichte der Menschheit gehen fast immer zwei Erscheinungen parallel: der Glaube an den Geist und der Glaube an die Gewalt. Wenn es auch zuweilen scheint, als sei die geistige Erneuerung der Menschheit in eine finstere Sackgasse geraten und zum Untergang verdammt, wenn lange Perioden dem rückschauenden Auge erscheinen, da die Brandfackeln durch die Länder lohten und blutige Greuel die Tage füllten, wenn die Menschheit in den Tiefen des Wahnwitzes, des Aberglaubens, der Roheit und inneren Verderbnis zu versinken schien — immer wieder stand eine Lichtidee, stand der Geist auf, um neue Wege zu weisen. Wenn man schon von Wundern sprechen will, so darf man sagen: das größte Wunder, hundertmal und tausendmal bewiesen, ist die Kraft des Geistes, ist jene Macht, die in der kleinen Hirnschale des Menschen umschlossen liegt. Die Natur, die uns gerade zu Pfingsten so zahlreiche „Wunder" zeigt — ist nicht jeder Halm, jede Blüte, jedes Blatt ein solches Wunder? —, die Natur vollbrachte ihr Meisterwerk, indem sie den dumpfen Instinkt des Tieres zum klaren Bewußtsein des Menschen entwickelte. Noch mehr: sie senkte unwägbare Kräfte in das Blut, die uns die Fähigkeit der Begeisterung gaben. Diese Fähigkeit ist freilich kein Allgemeingut. Es gibt sehr nüchterne zweibeinige Wesen, die jede Begeisterung belächeln. Sie glauben, es sei der Gipfel der Intelligenz, alle Dinge dieser Welt, alle Ideen mit kaltschnäuziger Kritik zu betrachten. Sie meinen, die Welt, die Menschen seien Rechenexempel, die mit Addition und Subtraktion zu erforschen und zu lenken seien. Das ist ein schwerer Irrtum. Und es kann ein sehr folgenschwerer Irrtum in Bewegungen werden, die eine Masse von Menschen in Tätigkeit setzen soll. „Ohne Leidenschaft", sagt Ferdinand Lassalle, „wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet." Die bewegende Kraft der Weltgeschichte, so lehrte uns Karl Marx, gründet sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die große Linie der Entwicklung wird durch sie bestimmt. Aber das Tempo der Bewegungen wird eben beeinflußt durch den Menschen. Er „trägt" die Bewegungen. Und es ist durchaus nicht gleichgültig, ob er sie mit klarem Geiste, mit Leidenschaft und Begeisterung verficht, oder ob er die Dinge einfach laufen läßt. Freilich: die Begeisterung allein macht es nicht. Wir haben ja gerade in jüngster Zeit erfahren, wie eine Bewegung Millionen erfassen kann, obwohl sie jeder Vernunft, jeder klaren Erkenntnis widerstreitet. Diese „Nazi"-Bewegung ist ein vortreffliches Beispiel für das eben Gesagte. In ihr wirken vor allem eine Reihe unklarer Empfindungen und undurchdachter Ideen mit, die wohl eine leicht entflammbare Masse zusammenraffen, aber nie das Schicksal eines Volkes bestimmen können, das denken gelernt hat. Darum ist es kein Wunder, sondern ganz natürlich, daß aus jenem Lager immer wieder Stimmen laut werden, die eine Verachtung des Geistes bedeuten. Und es ist eine weitere Folge, daß ein großer Teil der Anhänger jener Bewegung das Faust- und Mordrecht proklamiert. Diese Tatsache bedeutet nichts anderes als das Bewußtsein von der Brüchigkeit der Idee. Und es paßt durchaus in den Rahmen, wenn jene Leute auch begeisterte Kriegsanhänger sind. Wenn sie sich an den alten, längst überlebten „nationalen" Phrasen berauschen und willens sind, diese angeblich so geliebte Nation wieder einmal zum großen „Schlachtfest" zu führen. Die Köpfe bemühen sich nicht um eine klare Erkenntnis der Weltsituation, auch nicht um die Herausarbeitung einer logischen Weltanschauung, sondern sie erfüllen sich mit dem grauen Hirngespinst der „Heldenhaftigkeit", obwohl jeder, der den Weltkrieg mitgemacht hat, ihnen gern sagen wird, wie man im Schützengraben über die Heldenphrasen dachte. Und eine solche Bewegung konnte groß werden in einer Zeit, da die besten Geister aller Völker darauf sinnen, eine Wiederholung des Völkermordens zu verhindern. Die Anbetung der Gewalt steht gegen die Vernunft, steht gegen den Geist.

Wir wissen, daß das stärkste Bollwerk gegen das Landsknechtstum, gegen alle Kriegs- und Gewaltliebe von der sozialistischen Arbeiterschaft aller Länder gebildet wird. Und innerhalb dieser ist es die Jugend, auf die unsere Hoffnung baut. Von ihr erwartet das internationale Proletariat, daß sie sich nie mehr mißbrauchen läßt. Von ihr wünschen wir, daß sie sich ganz erfüllt mit dem Geist, der die edelsten Ziele der Menschheit zu erfüllen trachtet. Ihre Begeisterung hat es nicht nötig, um blutige Schlachtfelder zu kreisen. Ihre Leidenschaft soll die Welt verändern, soll sie besser und gerechter gestalten. Für sie steht die Frage nicht: Geist oder Begeisterung? Für sie kann es nur eine Empfindung geben, die beides zusammenfaßt.

Geist, das heißt in unserm Falle: Erkenntnis der Gesetze und Notwendigkeiten, die die große Bewegung des Proletariats, ihre Ziele und ihre Taktik richtunggebend beherrschen. Abweisung aller Kräfte, die die Geschlossenheit der Bewegung zu stören versuchen. Begeisterung aber beschwinge sie, um die Bewegung nicht in der trockenen Nüchternheit der Gewohnheit versanden zu lassen.

„Unsere Seele ist für etwas Höheres da, als bloß den uniformen Takt der Maschine zu halten", schrieb Schiller an seinen Freund Körner. Unsere Kameraden finden, wenn sie sich ernstlich bemühen, in der Arbeiterbewegung tausend Anregungen und Gelegenheiten, um sich seelisch zu bereichern, um ihr Leben wertvoll zu gestalten — und immer wieder pfingstliche Freude am und im Geist zu erleben. p.

Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung

Im „Zimmerer" Nr. 15 wurde bereits eine historische Darstellung über die Entwicklung der Arbeitszeit veröffentlich. Immer wieder ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß große Opfer nötig waren, um diese Erfolge zu erzielen. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, auf diese Tatsachen nochmals hinzuweisen. Verkennen wir nicht, daß es große Opfer waren, die die Arbeiterschaft in der damaligen Zeit bringen mußte, um eine Verkürzung der unmenschlich langen Arbeitszeit zu erreichen. Einen so festen Zusammenschluß in starken und leistungsfähigen Gewerkschaften wie heute kannte man damals noch nicht. Dafür war aber der Gedanke der Solidarität immer sehr stark ausgeprägt. Nur diesem Umstande ist es zu danken, daß der immerwährende Ansturm auf die Arbeitszeit von Erfolgen begleitet war.

Nachdem nunmehr die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung immer festere Formen annimmt, erscheint es angebracht, auch in den Kreisen unserer Kameraden mehr als bisher zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wie oft begegnet man in Aussprachen über dieses Thema den Vorwurf, daß es die Gewerkschaften versäumt haben, schon früher in dieser Hinsicht einen Vorstoß zu unternehmen. Dem ist jedoch nicht so, das muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden.

Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit neigt dazu, recht schnell zu vergessen, was in den letzten Jahren in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit gefordert und auch teilweise erreicht worden ist. Erinnert sei nur an die Wochenendbewegung, die bis vor kurzem noch in Gewerkschaftskreisen eifrig diskutiert wurde. Es sind auch Erfolge in großer Zahl zu verzeichnen, wenn man an den Sonnabendfrühschluß denkt. Wenn diese Erfolge nicht im ganzen Reich erzielt werden konnten, dann lag dies in besonderen örtlichen Verhältnissen begründet. Gerade die Bauarbeiterschaft hat in der Frage des Wochenends einen guten Schritt nach vorwärts getan und ist damit gewissermaßen der Schrittmacher zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit geworden.

Heute ist es natürlich nicht leicht, zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen. Bei Erörterung dieser Frage müssen wir doch zugeben, daß für einen erheblichen Teil der deutschen Arbeiterschaft der Achtstundentag noch nicht besteht. Wenn weiter festgestellt werden muß, daß es noch immer große Arbeitermassen gibt, die sich dazu hergeben, Ueberstunden zu leisten, nur weil der Unternehmer es wünscht, dann kann man ermessen, daß der Kampf der Gewerkschaften um Verkürzung der Arbeitszeit nicht die Erfolge aufzuweisen hat, wie es allgemein erwartet wird. Weiter ist es auch Tatsache, daß einzelne Gewerkschaften gezwungen sind, mit den Unternehmern Mehrarbeitsverträge abzuschließen, um eine gewisse Ordnung und Rechtssicherheit in unhaltbare Zustände hineinzubringen. Jeder ehrliche Arbeiter wird zugeben müssen, daß dem so ist. Es ist in jedem Falle besser, die begangenen Fehler einzugestehen und mitzuhelfen an ihrer Beseitigung, als große Reden zu schwingen und Forderungen zu stellen und den alten Zustand bestehen zu lassen. Jeder muß die Fehler erkennen, die er begangen hat. Er muß sich geloben, durch Solidarität mit seinen arbeitslosen Brüdern und Schwestern — die ein verkehrtes Wirtschaftssystem schon seit Jahren aus dem Produktionsprozeß herausgesetzt hat — dahin zu arbeiten, daß möglichst alle wieder in den Wirtschaftsprozeß eingereiht werden.

Durch das riesenhafte Anschwellen der Arbeitslosenziffer und die immer wieder erhobene Forderung der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit sah sich endlich auch die Reichsregierung gezwungen, diesem unhaltbaren Zustand zu Leibe zu rücken. Sie setzte eine Gutachterkommission ein mit der Aufgabe, Mittel und Wege zu suchen, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Sie besann sich auf einzelne Artikel der Reichsverfassung, die jedem Deutschen ein erträgliches Auskommen zusagt.

Anfang April hat nun diese Kommission ein Teilgutachten erstattet, das sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit und der Frage der Doppelverdiener beschäftigt. (Als Sonderdruck des Reichsarbeitsblattes erschienen, Preis 75 ₰.) Ganz besonders dürften uns in diesem Zusammenhang die Frage der Arbeitszeit und die Grundzüge zu einem Gesetzentwurf, den die Kommission der Reichsregierung in Vorschlag bringt, interessieren. Aus der ganzen Materie wollen wir nur zwei Punkte herausstellen, die für uns als Bauarbeiter ganz besonders wichtig sind.

Zunächst schlägt der Ausschuß vor, die Lieferfristen bei Vergebung behördlicher Aufträge so zu bemessen, daß daraus kein Anlaß entsteht zur Ueberarbeit. Wir wissen aus der Praxis, daß gerade in dieser Hinsicht von den Behörden nicht so verfahren worden ist. Bei Bauaufträgen durch die Behörden kann man fast immer feststellen, daß die Frist zur Herstellung eines Projektes sehr kurz bemessen ist. Immer wieder kommen die Unternehmer mit dem Hinweis auf den Termin, den sie einhalten müssen, um der Gefahr einer Konventionalstrafe zu entgehen, um von der Arbeiterschaft Mehrarbeit zu verlangen, weil sich in den meisten Fällen eine Neueinstellung von Arbeitskräften nicht lohnt. Wird der Weg beschritten, der vorgeschlagen ist, dann dürfte es doch immerhin möglich sein, eine größere Anzahl von Arbeitskräften zu beschäftigen und dadurch den Arbeitsmarkt zu entlasten. Wir müssen immer daran denken, daß alle Mittel versucht werden müssen, und wenn sie im Enderfolg noch so gering erscheinen. Viel Wenig gibt ein Viel, das darf in dieser ernsten Zeit niemals vergessen werden, zumal ein solches Vorgehen mit keinerlei Schwierigkeiten verknüpft ist.

Sonderbar mutet hiergegen ein Rundschreiben des preußischen Handelsministers an, das ungefähr folgendes besagt: Es ist bekannt, daß man bei Brückenbauten meist eine Brücke aus Holz herstellt, um den Verkehr nicht zu unterbrechen. Nun soll nach der Meinung des Ministers nicht etwa gleich im Anschluß daran mit dem Bau der eigentlichen Brücke begonnen werden. Er ist vielmehr der Meinung, daß man mit der Herstellung der Notbrücke schon genügend getan hat und mit dem Bau der eigentlichen Brücke erst beginnen soll, wenn die Lebensdauer der provisorischen Brücke dem Ende entgegengeht. Da auch eine Holzbrücke immerhin recht stabil gebaut sein muß, so bedeutet diese Maßnahme ein Hinausschieben der eigentlichen Arbeit für eine ganze Reihe von Jahren. Wir sind der Meinung, daß ein solches Verfahren in der jetzigen Zeit eine glatte Unmöglichkeit ist. Auf der einen Seite will man der Arbeitslosigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Leibe rücken, und hier will man nur einen kleinen Tropfen auf den heißen Stein geben. Das kann unseres Erachtens keinesfalls der Wille der maßgebenden Stellen sein. Es ist doch die Aufgaben aller Instanzen, jetzt zu helfen und nicht notwendige Arbeiten auf Jahre hinaus zu verzetteln. Auf solche Art, wie dies vorgesehen ist, kann man die Arbeitslosigkeit nicht wirksam bekämpfen. Es müssen schon ganze Maßnahmen getroffen und auch durchgeführt werden.

Ferner wollen wir den vorgeschlagenen Gesetzentwurf in seinem Absatz 2 etwas näher betrachten. Dieser lautet wörtlich: „Auf Betriebe, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, erstreckt sich diese Ermächtigung nicht." Diese Fassung bedeutet, daß alle Betriebe unter zehn Arbeitern nicht unter dieses Gesetz fallen sollen. Es steht ohne Zweifel fest, wenn dieses Gesetz in der vorgeschlagenen Fassung verkündet wird, ein ganz erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft von einer Verkürzung der Arbeitszeit ausgeschlossen ist. Gerade das Baugewerbe mit seinen vielen Kleinbetrieben würde dadurch am härtesten getroffen werden. Nach einer Reichsstatistik von 1925 waren über 60 000 Baubetriebe vorhanden, die 0 bis 10 Personen beschäftigten. Die Zahl der Kleinbetriebe hat sich aber seitdem noch vermehrt, so daß fast die Hälfte aller Bauarbeiter von einer Arbeitszeitverkürzung ausgeschlossen ist. Rechnen wir noch die Baunebenbetriebe hinzu, die gleichfalls in der Mehrzahl Kleinbetriebe sind, dann wird das Bild noch schlechter. Auch bei andern Gewerbezweigen dürften die gleichen Befürchtungen zutreffen. Wir können feststellen, daß der Absatz 2 des Vorschlages der Gutachterkommission für die Bauarbeiterschaft als unannehmbar gilt, wenn er nicht wesentlich verbessert wird.

Wir wollen durchaus nicht verkennen, daß das Gutachten im allgemeinen den Forderungen der Gewerkschaften weitgehend Rechnung trägt. Wir scheuen uns aber auch nicht, auszusprechen, daß man mit halben Maßnahmen keine wirksame Hilfe bringen kann. Wenn auch das furchtbare Uebel der Arbeitslosigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht mehr ganz zu beseitigen ist, so müssen wir aber trotzdem immer wieder von den maßgebenden Regierungsstellen verlangen, daß dann auch solche Linderungsmittel angewandt werden, die eine wirksame und dauernde Besserung der Wirtschaftslage mit sich bringen. Aufgabe der Arbeiterschaft aber wird es sein, mehr als bisher für die Forderungen, die die Führer für sie vertreten, auch einzustehen und, wenn es sein muß, dafür zu kämpfen. Der Bruderkampf muß aus unsern Reihen verschwinden, dafür ist in dieser ernsten Zeit kein Platz. Wenn auch der Führer manchmal etwas tun muß, was der großen Masse im Augenblick unverständlich erscheint, dann soll und darf die Kritik niemals die Grenze des Erlaubten überschreiten. Bei der heute so verwickelten Wirtschaftslage gehört ungeheure Ueberlegung dazu, um Forderungen zu stellen, die einigermaßen auch durchzusetzen sind. Mit Phrasen allein ist ja keinem geholfen, aber viele können dadurch in das größte Unglück gestürzt werden. Mit solchen Wunderaposteln darf sich kein denkender Arbeiter einlassen. Kühle, aber zielsichere Abwägung in der Führung, gesteigerte Solidarität bei der organisierten Arbeiterschaft, Aufklärung und Werbung der noch Fernstehenden, das sind die Voraussetzungen gewerkschaftlicher Arbeit, die uns auch in der Zukunft zu Erfolgen führen werden.

Rld.

Sozialreaktionäre Vorstöße

Die Finanzlage des Reichs, der Länder und Gemeinden ist aller Sparsamkeitsmaßnahmen ungeachtet nach wie vor eine äußerst schwierige. Nicht minder die Lage der Wirtschaft. Der Versuch, die allgemeine Finanzlage zu verbessern und die Wirtschaft durch einen umfassenden Gehalts- und Lohnabbau anzukurbeln, ist kläglich gescheitert. Nach einer von dem Reichsfinanzminister in Dresden gehaltenen Rede ist die in den letzten Monaten vorgenommene Senkung der Gehälter und Löhne auf etwa vier Milliarden zu schätzen. Die Unternehmer haben also die von ihnen angestrebte sogenannte Entlastung der Wirtschaft erreicht. Sie können mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Weniger die von dem Gehalts- und Lohnabbau betroffenen arbeitenden Volksschichten. Die ihnen als Ausgleich für ihre Einkommensverminderung in Aussicht gestellte Preissenkung ist nicht eingetreten oder doch weit hinter dem zurückgeblieben, was gefordert werden mußte, wenn die gemachten Versprechungen erfüllt werden sollten. Die Wirtschaftslage hat daher keine Wendung zum Besseren erfahren, konnte es auch nicht, weil die Verminderung der bisherigen Kaufkraft keine andere als das Wirtschaftsleben lähmende Wirkung haben konnte.

Die Arbeitslosigkeit ist etwas zurückgegangen. Aber dieser lediglich saisonmäßig bedingte Rückgang ist so gering, daß wir schon jetzt für den kommenden Winter mit einem wesentlich stärkeren Ansteigen der Arbeitslosigkeit als in dem Vorjahre rechnen müssen. Das läßt befürchten, daß der schon wieder mit einem erheblichen Defizit belastete Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden noch mehr zerrüttet und eine Situation heraufbeschwören wird, wie sie schlimmer nicht sein kann. Wohl ist die sogenannte Gutachterkomission am Werke, Vorschläge zur Beseitigung oder Eindämmung der Arbeitslosigkeit und Wiederbelebung der Wirtschaft auszuarbeiten. Was sie aber in dieser Hinsicht bisher zutage förderte, kann besondere Hoffnungen nicht erwecken, besonders wenn man das schleppende Tempo beobachtet, in dem ihre Arbeiten fortschreiten. Für die Durchführung ihrer Vorschläge ist nichts Besseres zu erwarten.

Um so rühriger sind die Unternehmer und die hinter ihnen stehenden bürgerlichen Kreise, die deutsche Wirtschaft in ihrem Sinne zu reformieren, das heißt sie völlig zugrunde zu richten. Das Fiasko ihrer Gehalts- und Lohnabbauaktion steht fest! Ihr Fehlschlag ist nicht wegzudeuteln. Dennoch halten sie an ihrer wirtschaftlich unsinnigen Politik fest, ja schicken sich sogar an, diese noch erheblich zu verschärfen. Da der Gehalts- und Lohnabbau die erwarteten Erfolge nicht brachte, soll er von neuem aufgenommen werden, wofür sie bei den diversen Regierungsstellen ganz offenbar weitgehende Unterstützung finden. Wollen doch gerade von dieser Seite trotz aller Dementis die Stimmen nicht verstummen, die einen weiteren Abbau der Beamtengehälter als unbedingte Voraussetzung für die Sanierung der öffentlichen Finanzen fordern. Eigentümlich genug finden diese Forderungen auf den verschiedensten Seiten, besonders aber im Lager der christlichen Arbeiterbewegung nicht nur keinen Widerstand, sondern sogar lebhafte Zustimmung. Das zeugt von einer kaum zu überbietenden Kurzsichtigkeit; liegt es doch klar auf der Hand, daß mit einem neuen Abbau der Beamtengehälter alsbald ein weiterer Abbau der Gehälter der öffentlichen Angestellten sowie ein Abbau der Löhne der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und schließlich der gesamten Arbeiterschaft verbunden sein würde. Das wollen auch die Unternehmer, und sie können daher ihren christlichen Arbeiterfreunden nur dankbar sein, wenn diese ihnen ihr Vorhaben erleichtern.

Doch das ist noch nicht alles, was die Unternehmer anstreben. Ihr Ziel ist zugleich, die von ihnen verfolgte „Sanierung der Wirtschaft" auch noch nach anderer Richtung vollständig auf Kosten der arbeitenden Volksschichten zu erreichen. Das zeigt sich deutlich in den von ihnen gegenwärtig mit besonderer Schärfe gegen die deutsche Sozialversicherung gerichteten Angriffen, die in ihrem Umfange nicht mehr als länger tragbar bezeichnet wird. Ihr wird zur Last gelegt, daß sie für jeden Zahnschmerz, jede Kinderwindel, jede Wohnungsmiete, jeden Lohnstreit zuständig sei. Man bezeichnet sie als sozialistische Versorgungswirtschaft ohne entsprechende Gegenleistung. Um diesen ungeheuerlichen Schwindel glaubhaft zu machen, wird der Aufwand der Sozialversicherung des Jahres 1913 mit dem des Jahres 1930 in Vergleich gestellt, wobei sich selbstverständlich ergibt, daß ihre Anforderungen gegenüber dem früheren Zeitpunkt von rund 1400 auf 7000 Millionen gestiegen sind. Das beweist jedoch nichts, da die angeführten Zahlen gar nicht miteinander vergleichbar sind, und heute ganz andere Verhältnisse wie im Jahre 1913 bestehen.

Zu jener Zeit erfreute sich die deutsche Wirtschaft einer äußerst günstigen Konjunktur. Die deutsche Sozialversicherung aber befand sich noch in der Entwicklung, trat doch die Angestelltenversicherung erst im Jahre 1913 ins Leben, und die Arbeitslosenversicherung wurde erst im Jahre 1927 geschaffen. Dann aber folgte der Krieg, unter dessen Wirkungen die Sozialversicherung in erheblichem Umfange durch Erweiterung der Versicherungspflicht ausgebaut werden mußte. Durch die Anektions- und Inflationspolitik der herrschenden Klasse einschließlich des großkapitalistischen Unternehmertums ging das aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten gesammelte Vermögen der Versicherungsträger fast vollständig verloren. Die Anforderungen an die Sozialversicherung dagegen nahmen zu und die an sie gestellten Ansprüche, wie auch die Notwendigkeit einer erneuten Vermögensbildung ließen sich nur durch ganz beträchtliche Beitragserhöhungen befriedigen. Hinzu kam die steigende wirtschaftliche Not mit ihrem ungeheuren Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Unter diesen Umständen mußten die Sozialllasten in der stattgefundenen Weise steigen.

Dennoch ist es nicht an dem, daß diese Lasten in ihrer gesamten oder überwiegenden Höhe der Wirtschaft oder dem Reiche, den Ländern und Gemeinden überbürdet wurden. Der weit überwiegende Betrag dieser Aufwendungen wird vielmehr von den Versicherten selbst bestritten. Hinzu kommen die Leistungen der Unternehmer sowie die Zuschüsse des Reiches. Berücksichtigt man jedoch, daß auch diese Leistungen der Arbeit der Versicherten entspringen, so steht fest, daß ihnen in dieser Hinsicht nichts geschenkt wird, sind sie doch selbst an den Reichszuschüssen und an den Wohlfahrts- und Fürsorgeaufwendungen der Länder und Gemeinden direkt wie indirekt als Steuerzahler beteiligt. Um so frivoler sind die Forderungen der Unternehmer und der hinter ihnen stehenden Kreise, den Versicherten die schmale Existenzsicherung noch mehr einzuschränken oder völlig zu rauben, die sie durch ihre Leistungen an die Sozialversicherung unter schweren Opfern und Entbehrungen erwarben.

Die Folgen einer derartigen unsinnigen Wirtschaftspolitik lassen sich leicht vorstellen, scheinen aber ihren Vertretern nicht zum Bewußtsein zu gelangen. Oder wollen sie das von ihnen mit ihrer Politik heraufbeschworene Unheil nicht erkennen? Die Folgen wären die gleichen, wie sie durch den Gehalts- und Lohnabbau verursacht wurden, ja noch schlimmere! Die Wirtschaftslage müßte sich noch schlechter gestalten und die allgemeine Unsicherheit auf kriminellem Gebiete noch mehr zunehmen, die Volksgesundheit, Moral und Sittlichkeit noch mehr untergraben werden, als es so schon infolge der schlechten Wirtschaftsverhältnisse der Fall ist. Dabei würde nicht einmal etwas gespart werden. Denn schließlich müßten die ihrer heutigen dürftigen Einnahmequellen Beraubten doch auf Kosten der Gesamtheit den notwendigen Unterhalt beziehen. Die Gesamtheit kann sich einer derartigen Verpflichtung nicht entziehen, wenn Staat und Wirtschaft aufrechterhalten bleiben sollen. Den Beweis dafür haben wir in Amerika, auf das von Unternehmerseite so gern Bezug genommen wird, weil dort eine Sozialversicherung nicht besteht. Auch dort kann man die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen nicht verhungern lassen! Man muß für sie die öffentliche Mildtätigkeit anrufen. Das läßt sich die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr gefallen. Sie lehnt es ab, sich zu Almosenempfängern herabdrücken zu lassen. Die Forderungen der Unternehmer auf Verschlechterung der sozialen Versicherungsleistungen müssen daher von seiten der Arbeiterschaft die schärfste Zurückweisung erfahren.

m.

Die internationationale Bauausstellung in Berlin

Auf dem Berliner Ausstellungsgelände ist eine Bauausstellung aufgebaut, die wohl zu den größten internationalen Veranstaltungen dieser Art gehören dürfte. Eine Riesenschau auf einer Gesamtausstellungsfläche von 130 000 qm. Die Länge der Ausstellungswege beträgt nicht weniger als 12 km, die Zahl der Ausstellungsgebäude 70. Neben Deutschland sind auf der Ausstellung durch charakteristisches Material über Städtebau und Wohnungswesen unter anderm folgende Länder vertreten: Australien, Chile, Dänemark, England, Estland, Finnland, Italien, Jugoslawien, Oesterreich, Palästina, Polen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn, Vereinigte Staaten von Nordamerika. Ferner haben einzelne Großstädte wie Wien, Paris, Stockholm, Riga, Bukarest und Delhi (Indien) Sonderausstellungen veranstaltet. In riesigen Schauobjekten wird die Entwicklung des Städtebaues und die voraussichtliche Gestaltung in der Zukunft zu zeigen versucht. Weiter werden die wirtschaftspolitischen Grundlagen des Städtebaues, die Ursachen der Stadtbildungen und Umbildungen gezeigt. Dem Versorgungs- und Verkehrsproblem der Städte sind mehrere Räume gewidmet. Das künstlerische Problem im Raum, das Wesen der Landesplanung, Bewirtschaftung der Wohnung, Einkommen und Miete, Bodenpolitik und Bodenpreise, Grundrißlösung, Finanzierung des Wohnungsbaues, Beseitigung von Wohn- und Verkehrsmißständen und was dergleichen Probleme noch mehr sind — alles dies wird in den mannigfaltigsten Formen behandelt und an Schauobjekten gezeigt.

In der Abteilung „Das Bauwerk unserer Zeit" bringen die Wohnungsfürsorgegesellschaften ihre Wirksamkeit in Modellen und Photomontagen anschaulich zur Geltung. Die Stadt Berlin zeigt an Hand von Modellen und Zeichnungen einen Ueberblick über die bedeutsamsten Arbeiten ihrer Bautätigkeit. Der Bund deutscher Architekten zeigt bedeutsame Arbeiten von 150 seiner Mitglieder. In der Abteilung „Die Wohnung unserer Zeit" vermissen wir ein tieferes Eingehen auf das Wohnungsproblem der arbeitenden Bevölkerung. Aber sonst ist ein großer Ideenreichtum hier zu finden. Die Abteilung „Das neue Bauen" ist so vielgestaltig, daß man darüber mehrere Abhandlungen bringen könnte. Wir wollen uns mit einigen Stichworten begnügen: Die Verwendung des Holzes als Baustoff, Dachkonstruktionen und Dachdeckungen, Stein, Glas, Installationen, Heizung, Oefen, Schallisolierungsstoffe usw. Die Verwendungsmöglichkeiten des Stahls als Baustoff werden in mannigfaltiger Form demonstriert. Alles, was nur irgendwie mit der Bautätigkeit und dem Wohnungswesen zusammenhängt, kann der Besucher der Ausstellung in Augenschein nehmen. Das zusammengetragene Material ist geradezu riesenhaft. Auf dem Freigelände sind Wohnungen und Häuserbauten der verschiedensten Art errichtet. Die Abteilung „Der ländliche Siedlungsbau" umfaßt 22 Dauergebäude, die auch in den nächsten Jahren Ausstellungszwecken dienstbar gemacht werden sollen. Des ferneren sind zu sehen Wochenendhäuser, Stahlhäuser, Krähne, Bagger, Baumaschinen, Beförderungsmittel usw. Eine Liliputbahn durchfährt das Baugelände. Bemerkenswert sind noch zwei Wohnhäuser, die mit Kupferblech bekleidet sind. Diese beiden Häuser werden von den Besuchern viel beachtet. Es ließe sich noch sehr viel über die Riesenschau auf dem Berliner Ausstellungsgelände sagen, doch wollen wir es mit dem bisher Gesagten Genüge sein lassen.

Nicht vorübergehen dürfen wir aber an den Ausstellungen der Gewerkschaften und der ihr nahestehenden Organisationen und Wirtschaftsbetriebe. Künstlerisch betreut ist die Kollektivschau der Gewerkschaften durch Professor Gropius. Dem Besucher wird in der Kollektivschau der Gewerkschaften nahezubringen versucht, welche planvolle Arbeit die von den Gewerkschaften getragenen Körperschaften zur Erhaltung und Erweiterung des Lebensraumes und der Kultur der werktätigen Bevölkerung beizutragen bemüht sind.

Wir begnügen uns auch hier mit einigen Andeutungen. Der Städtebau und das Wohnungswesen sind eine Angelegenheit für jedermann. Deshalb sollte jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte, der irgendwie dazu in der Lage ist, diese Ausstellung besuchen. Sie ist geöffnet bis zum 2. August.

Ein Bild zum Arbeitsdienst

Schon seit Jahren spukt der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht in den Köpfen der deutschen Spießer. In wirtschaftlichen Notzeiten gab es immer Quacksalber, die mit ihrer Heilslehre oder mit ihren Methoden die Menschheit glücklich machen wollten. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn diese Leute gerade in der Gegenwart Hochkonjunktur haben. Die widersinnigsten und undurchführbarsten Ideen werden propagiert, und sie finden bedauerlicherweise Anhänger. Eine dieser stark propagierten Idee ist die Arbeitsdienstpflicht. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht soll das Heer der Arbeitslosen, das immerhin noch weit über vier Millionen beträgt, verringern. Man glaubt eben in diesen wirtschaftlichen Notzeiten an Wunder und rechnet damit, daß durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht der Arbeitsmarkt wesentlich entlastet werde. Wir brauchen auf die Unsinnigkeit dieses Experiments nicht näher einzugehen. In einer Reihe von Abhandlungen haben die Gewerkschaften zu diesem widersinnigen Plan Stellung genommen und ihn abgelehnt. Trotz alledem bohren diese Kreise immer wieder. Sie versuchen, ihren Einfluß geltend zu machen, um auf geraden oder krummen Wegen die Arbeitsdienstpflicht durchzuführen.

Wenn man die Propaganda für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht in Deutschland zurückverfolgt, so findet man, daß sie zurückgeht auf die ersten Jahre der Nachkriegszeit. Als damals in Bulgarien die Arbeitsdienstpflicht gesetzlich eingeführt wurde, waren auch in Deutschland sofort Kreise dabei, ähnliches in Deutschland durchzuführen. In einer bemerkenswerten Schrift trat damals Genosse Hackmack, Bremen, den Plänen entgegen. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse verstummten allmählich die Propagandisten der Arbeitsdienstpflicht und erst in neuerer Zeit entfalteten sie eine intensivere Tätigkeit für ihre Lieblingsidee. Im neuen Reichstag war es vornehmlich die Wirtschaftspartei, die sich als Verfechter der Idee der Arbeitsdienstpflicht aufgespielt hat. Verschiedene Anträge dieser Krauter-Partei legen davon Zeugnis ab, wie sie sich die Beseitigung der Wirtschaftsnot und die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht denken. Auf Veranlassung der zuständigen Reichsministerien fand dann eine Aussprache zwischen den antragstellenden Parteien und den in Frage kommenden Jugendpflege treiben den Organisationen, Gewerkschaften usw. statt. Einmütig stellte sich dieser Sachverständigenausschuß auf den Standpunkt, daß die Arbeitsdienstpflicht abzulehnen sei. Bei dieser Gelegenheit wurde rechnerisch nachgewiesen, daß die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht ungeheure Summen erfordert. Trotz alledem ließen die Väter dieser Idee nicht locker. Sie versuchten mit einigem Erfolg, den Reichsminister Treviranus zu beeinflussen, der vor wenigen Tagen erneut die in Frage kommenden Organisationen zusammengerufen hat, um mit ihnen über die Durchführung einer freiwilligen Arbeitsdienstpflicht zu verhandeln. Bemerkenswerterweise wird die Idee der Arbeitsdienstpflicht besonders stark von den Militaristen und ihren Trabanten gefördert. Das ist begreiflich. Hoffen jene Leute doch, daß ihnen die Arbeitsdienstpflicht die lang entbehrte Möglichkeit, zu kommandieren, wiedergibt. Wo immer die Möglichkeit hierzu besteht, versuchen sie es mit allem Nachdruck. Es ist selbstverständlich, daß gerade der Teil des Gutachtens der Sachverständigenkommission zur Arbeitslosenfrage bei den Militaristen und Anhängern der Arbeitsdienstpflicht lebhafte Begeisterung ausgelöst hat, der sich für die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes ausspricht.

Wie sich die abgetakelten Militaristen die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht und ihre Funktion in der neuen „Arbeiterarmee" denken, zeigt sich in einem Artikel der „Deutschen Bergwerkszeitung" vom 14. Mai 1931. Unter der Ueberschrift „Ein Bild vom Arbeitsdienst" läßt sich das Scharfmacherblatt aus seinem Leserkreis folgendes schreiben:

„Das Reich, die Länder, Kreiskommunalverwaltungen verfügen über großen, noch nicht urbar gemachten Grundbesitz. Von diesem stelle man zur Urbarmachung geeignete Flächen zur Verfügung für Dienstwillige. Diese schließen sich zusammen zu Arbeitswilligenkommandos. Die Kommandos sollen 100 bis 150 Mann stark sein. Alle Arbeiten sind von den Leuten selbst zu machen, als erstes: Barackenbauten, Brunnenanlagen, Wegebauten im zugewiesenen Terrain und vieles andere mehr. Für die Barackenbauten liefert das Reich aus den Staatsforsten das jetzt doch nicht verkäufliche Holz gratis; auch Brennholz muß im ausreichenden Maße gleich von Anfang an zur Verfügung stehen. Aeltere, verdiente Offiziere übernehmen für jedes Kommando die Führung.

Zuerst ist die Unterkunft zu schaffen; ist das geschehen, so ist zunächst nur das Notwendigste zu machen. So wird weiter ausgebaut, bis das Kommando warm sitzt. Das Essen wird bereitet in der Gulaschkanone, Brot liefert zunächst die Heeresverwaltung, und zwar so lange, bis eigene Bäckereien eingerichtet sind . . .

Ueber alle Ausgaben ist natürlich genau Buch zu führen, der Schreiber und die Kommandomutter dürfen deshalb nicht fehlen; eiserne Disziplin ist selbstverständliche Voraussetzung, ebenso die Verpflichtung, mindestens ein Jahr beim Kommando zu bleiben. Die Kommandos berichten alljährlich zu gleichem Stichtag den Nutzeffekt ihrer Arbeiten nach einfachem Schema mit der Gesamtkostenfeststellung je Mann und Jahr. Seelsorgerische und ärztliche Betreuung, tägliche Spiele, Urlaub usw. sind alles Selbstverständlichkeiten.

Die Regierungen und sonstigen Verwaltungen mögen erklären, daß sie Gelände, Gelder usw. zur Verfügung stellen wollen. Sobald dies geschehen ist, oder besser noch gleichzeitig, werde aufgerufen zur Meldung als Gruppenkommandant. Besoldung: Leutnant bis Hauptmann, Löhnung des alten Heeres. Auch die Kommandanten sollen sich die Sporen noch verdienen. Haben sich die Kommandanten gemeldet, ist ihnen Gelände zugeteilt, man sei sehr großzügig darin, dann folgen Aufrufe in den nächsten Lokalzeitungen, Arbeitsämtern usw. zur Meldung der Willigen. Grundsätzlich ist den Jugendlichen von 18 bis 20 Jahren bei Arbeitslosigkeit jegliche geldliche Unterstützung zu entziehen. Grundsätzlich ist aber dafür auch zu fordern, daß jeder Willige, der sein Jahr treu und brav beim Kommando abgedient hat, bevorzugt seitens der Wirtschaft Arbeit zuteil wird.

Welche Politik soll nun bei den Kommandos betrieben werden, links oder rechts oder gar neutral? Abzulehnen ist jegliche Politisiererei. Der Kommandant, ehemaliger Offizier, kennt den Weg, den er mit diesen jungen Leuten zu gehen hat. Der deutsche Offizier, der immer vorbildlich gewesen ist, erzieht die Willigen, die ihm zunächst mehr oder weniger aus einem Gefühl der Abenteuerlust zuströmen werden, zu brauchbaren Menschen des Staates.

Es ließe sich über all diese Dinge, den weiteren Ausbau, noch stundenlang schreiben, wie zum Beispiel die Schaffung fester Kolonien nach Urbarmachung durch Errichtung von einfachen Bauernhäusern. Gar mancher der Willigen wird gar nicht mehr in die Stadt zurückkehren und das von ihm mit Geschaffene in Besitz nehmen. In diesem Sinne hätte ich gerne das Brauns-Gutachten gehört.

Nicht genügt es, zu sagen, hier stehen wir, und mit vielem Geld können wir über den Berg hinweg nach drüben in das gelobte Land gelangen, sondern ein eiserner Wille ruft den in die Irre gelaufenen Mutlosen zu, dort ist der Weg, hart und schwer, steinig der Aufstieg, beschwerlich und voller Gefahren, aber nur über den Berg führt der Weg aus dem Elend heraus, diesen Weg müssen wir gehen, denn jeder andere führt uns weiter in das Verderben."

Wir sehen, daß in dieser Zuschrift Gedanken enthalten sind, die einem Militaristen alle Ehre machen. Jene Leute brennen darauf, endlich wieder einmal Untergebene kommandieren zu können. Der Kasernenhofton soll zunächst in der Arbeitsdienstpflichtarmee und später in der Wirtschaft ganz allgemein durchgeführt werden. Interessant ist die Feststellung, daß die Besoldung der abgetakelten Militaristen nach den Grundsätzen des alten Heeres erfolgen soll, während den Jugendlichen von 18 bis 20 Jahren nach den vorerwähnten Vorschlägen jede geldliche Unterstützung zu entziehen ist. Es ist nur gut, daß die Bäume dieser Militaristen nicht in den Himmel wachsen; dafür wird die Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber die Gewerkschaften, sorgen.

Die Gewerkschaftspresse in der Krise

Der Fachausschuß der Gewerkschaftspresse des ADGB. besteht nun zwei Jahre. Er hat es weder an Ernst noch an Eifer fehlen lassen, seiner gewiß nicht niedrig gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Jede seiner Zusammenkünfte hat sich eingehend mit der technischen wie sachlichen Verbesserung der Zeitung befaßt. Der Meinungsaustausch allein schon hatte eine sehr erfreuliche Wirkung; er schärfte das Auge für Mängel und Vorteile, die bis dahin kaum beachtet worden waren. Der kritischen Musterung folgte meist die Verbesserung auf dem Fuße. Das gegenseitige Beobachten und Auswerten der Neuerungen kam einem höchst nützlichen Anschauungsunterricht gleich.

Ob der mannigfaltige Verbesserungsversuch geglückt und wie weit er in jedem Falle gediehen ist, läßt sich leicht durch einen Vergleich der Zeitung von früher und heute feststellen. Die Neuerungen erstrecken sich auf den Titelkopf, die Schriftart, die Auswahl des Lesestoffes und dessen Einteilung. Allein, wie hoch man auch diese mehr äußerlichen Aenderungen veranschlagen mag, sie sind geringfügig neben der Bereicherung des Inhaltes. Hier liegt, so kann man getrost sagen, der größte Gewinn der Tätigkeit des Fachausschusses.

Früher waren die Gewerkschaftszeitungen in der Regel von Männern für die Männer geschrieben. Daß sie auch für die Frauen und Kinder des Gewerkschaftsmitgliedes geschrieben sein mußten, ist kaum je bedacht worden. Die Folge war, daß die Zeitung selten auf den Familientisch des Gewerkschafters kam; weder seine Frau noch seine Kinder verspürten Neigung, sie zu lesen. Der Inhalt war auch nicht so beschaffen, die Neigung zu fördern; er ward nicht darauf abgestimmt, den Geist zu fesseln und die Seele zu erwärmen. So blieb die Familie des Gewerkschafters unberührt von dem Tun und Denken seiner Organisation. Dieser Mißstand kam ihr teuer zu stehen. Nicht nur, daß der Beitragskassierer auf Verständnislosigkeit und Unwilligkeit bei den Frauen stieß, auch die Jugend trat ohne gewerkschaftlichen Sinn ins Leben und mußte später unter schwierigeren Umständen erst gewerkschaftlich gewonnen werden, wei die leichte Werbemöglichkeit im elterlichen Haushalt nicht genutzt worden war.

Dieser und noch etlichen andern Mißlichkeiten wird jetzt dadurch begegnet, daß die Zeitung für die Frau wie für die erwachsenen Kinder des Gewerkschafters anziehend, lesbar gemacht ist. Die meisten deutschen Gewerkschaftsblätter haben heute eine Unterhaltungsseite mit Kurzgeschichten und Romanen, mit Aufsätzen über Gesundheitswesen, Kindererziehung und dergleichen, ja selbst der Humor wird nicht vergessen. Kurz, die Gewerkschaftszeitung ist zu einem Familienblatt geworden, und das in dem Sinne, daß jedes Familienmitglied in der Zeitung etwas findet, das es reizt und fesselt. Freilich dient der Inhalt der Unterhaltungsseite nicht der Unterhaltung an sich, sondern er soll die Anleitung, ein gelinder Zwang sein, sich mit den gewerkschaftlichen Gedankengängen vertraut zu machen. Anders ausgedrückt, der Unterhaltungsstoff soll letztens nichts anderes sein, als gewerkschaftliche Propaganda am Familientisch mit hierfür paßlichen Mitteln.

Der Zeitungsschreiber oder Schriftleiter kann nur durch Schreiben handeln, und der Erfolg dieses seines Handelns ist mehr mittelbar, das heißt, er braucht längere Zeit zum Sichtbarwerden. Das ist die Regel, die in unserm Falle durch Ausnahmen eindrucksvoll bestätigt wird, Ausnahmen, die jeder sehen kann. Was früher jubiläumsselten war, geschieht heute in unzähligen Fällen: die Frauen bestehen bei den Beitragskassierern und ihren Männern nachdrücklichst darauf, daß die Gewerkschaftszeitung prompt mitgebracht wird, oder die Frauen gehen haufenweise zum Verbandsbüro, um die Zeitung selbst in Empfang zu nehmen, und der Angestellte hat eine garstige Viertelstunde zu überstehen, wenn die Zeitung einmal nicht pünktlich zur Stelle ist. Aus zahlreichen Mitteilungen weiß ich, daß die Frauen und ihre erwachsenen Kinder, die anfangs die Zeitung nur des Unterhaltungsstoffes wegen öffneten, jetzt auch den trocknen oder schwierigen Stoff aufmerksam, zum Teil recht kritisch lesen und dadurch mit dem gewerkschaftlichen Streben und Wirken vertraut geworden sind. Von dergleichen war vor kurzem noch kaum die Rede.

Daß diese erfreuliche Anteilnahme der Frauen und Jugendlichen an der Gewerkschaftssache in hohem Maße der (neugearteten) Gewerkschaftspresse zu verdanken ist, dürfte schwerlich bestritten werden. Auch dagegen wird man kaum etwas einwenden, daß diese Anteilnahme der Mütter, die das künftige Gewerkschaftsgeschlecht erziehen, und der Jungen, die bald mit an dem Strange der Alten ziehen sollen, für die Gewerkschaftsbewegung von höchster Bedeutung ist. Denn dadurch, daß außer den Männern auch die Mütter und Kinder gewerkschaftsreif gemacht

werden oder sind, ist erst eigentlich der endliche Erfolg unserer Sache verbürgt. Dies mag bei den Gewerkschaften des Auslandes bestimmend gewesen sein, auch ihrerseits die Zeitungen umzuwandeln. In der Schweiz, in Oesterreich usw. mehren sich die Blätter, die, was Aufmachung und Inhalt anbetrifft, sich kaum noch von den neuesten deutschen Blättern unterscheiden.

Noch in anderer Hinsicht ist jetzt ein wohltätiger Einfluß der Gewerkschaftspresse zu merken. Wie die Arbeiterklasse im allgemeinen, so hat die Gewerkschaftsbewegung im besondern seit Jahr und Tag Wind und Wetter im Gesicht. Fast jede proletarische Familie hat einen oder mehrere Angehörige in dem Heer der Kurzarbeiter oder vor den Stempelstellen. Mit jedem neuen Stempel, der auf die Unterstützungskarte gedrückt wird, werden auch Geist und Seele der Arbeitslosen und ihrer Familien mehr gedrückt. In einer solch beispiellosen wirtschaftlichen Trostlosigkeit, wo Lohnforderungen nicht gestellt oder durchgesetzt werden können, ja Lohnabzüge oft nicht zu verhindern sind, ist natürlich die Anziehungskraft der Gewerkschaft geringer, und ihre Bindefähigkeit wird der schwersten Probe ausgesetzt. Ueberdies wird die wirtschaftliche Trostlosigkeit von allerhand Demagogen und Quacksalbern, von Wortradikalen und Seichtbeuteln weidlich zur Verwirrung und Zersplitterung der organisierten Arbeiterschaft ausgenutzt. Angesichts der ungeheuren seelischen Zermürbung durch die wirtschaftliche Not und der höllischen Wühlarbeit gegen die gewerkschaftliche Organisation könnte es wahrlich nicht wundernehmen, wenn sich die Reihen der freien Gewerkschaften erheblich lichteten, zumal dies früher bei unendlich geringerer Arbeitslosigkeit und ohne diese planmäßige Gewerkschaftsspalterei gewöhnlich der Fall war.

Allein, trotz der millionenfältigen Arbeitslosigkeit und der nicht mehr steigerungsfähigen Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums und trotz der skrupellosesten Wühlerei politischer und sonstiger Geschäftemacher gegen die freien Gewerkschaften, hat sich deren Mitgliedschaft zahlenmäßig und stimmungsmäßig vortrefflich gehalten. Wie wahr das ist, wird neuestens durch den Ausfall der Betriebsrätewahlen bestätigt. Die Stimmenverluste, die sie hie und da den freien Gewerkschaften gebracht haben, werden anderwärts durch Gewinne wieder ausgeglichen. Wenn das Gesamtergebnis je Verluste für die freien Gewerkschaften ergeben sollte, so werden sie trotz der unerhörten Widerwärtigkeiten erstaunlich gering sein.

Diese Wetterfestigkeit der freien Gewerkschaften ist zweifelsohne ihrem tatkräftigen Eintreten für die Arbeiter und ihrem vorzüglichen Unterstützungswesen zuzuschreiben. Dennoch ist der Anteil der Gewerkschaftspresse an dem erfreulichen Stande der Dinge nicht gering. Durch ihre Neugestaltung, dank ihrer größeren Gediegenheit in Aufmachung und Inhalt hat sich die Zahl ihrer Leser wie deren Aufmerksamkeit erhöht. Sie erfaßt und beeinflußt dadurch heute einen bedeutend stärkeren Teil der gewerkschaftlichen Gemeinschaft; sie hält mehr als einst die Alten im gewerkschaftlichen Bann und zieht die Frauen und Jungen mit hinein. Hierdurch wird die Widerstandsfähigkeit gegen die gewerkschaftsfeindliche Demagogie wie auch die gewerkschaftliche Treue der Mitglieder unzweifelhaft und beträchtlich erhöht.

Dies alles wird übrigens allgemein anerkannt. Der Ausdruck dieser Anerkennung ist das fast allseitige Bemühen, der Gewerkschaftspresse die Möglichkeit nicht zu beeinträchtigen, ihr segensreiches Wirken fortzusetzen. Es ist genugsam bekannt, daß die Gewerkschaftkassen von der außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit überaus stark in Anspruch genommen werden. Der Zwang zu äußerster Sparsamkeit oder Einschränkung macht sich fühlbar. Wenn in früheren Zeiten dieser Zwang auftrat, fing man gar oft bei geistigen Dingen, bei der Zeitung mit dem Sparen an. Das ist heute glücklicherweise nicht oder fast nicht der Fall. Sogar sämtlich alle Gewerkschaftszeitungen haben trotz ihrer finanziellen Knappheit ihren alten Umfang beibehalten. Das ist sehr zu begrüßen.

Wenn je die Wirkungsmöglichkeit der Gewerkschaftspresse unbeschnitten erhalten werden muß, dann jetzt in dieser beispiellosen Krise. Hundertausende von Arbeitern können sich eine Tageszeitung nicht mehr halten; für sie ist das Gewerkschaftsblatt noch das einzige Mittel der Unterrichtung und der Verbindung mit der Klassengenossenschaft. Eine Verdünnung oder Verschlechterung dieses Mittels müßte eine geistige und auch zahlenmäßige Schwächung der gewerkschaftlichen Front nach sich ziehen. Aber selbst dort, wo noch ein sozialistisches Tagesblatt gehalten wird, würde die Einschränkung der Gewerkschaftspresse in der jetzigen Zeit ebenfalls besonders vom Uebel sein. Denn sie ist es ja, die das sozialistische Gold in einer beruflich gangbaren Scheidemünze in die Fabrik und den Arbeiterhaushalt trägt. Bei der gegenwärtigen Krise an der Gewerkschaftspresse sparen wollen, wäre kein Sparen, sondern Vergeudung von mühselig errungenen Werten wirtschaftlicher, gewerkschaftlicher und sonstiger Art. Dieses Sparen würde heißen, Kupfermünzen zu erübrigen, um Goldstücke zu verlieren. Darüber besteht ja auch, gottlob, in allen Gewerkschaftskreisen kein Zweifel. Dies wird bewiesen durch das allseitige Bemühen, die vorzügliche Wirksamkeit der Gewerkschaftspresse nicht durch Verkleinerung zu beeinträchtigen. Die Mitglieder werden das ihrer Organisation durch Treue und lebhaftere Anteilnahme quittieren.

F. K.

Nur eine Rettung: Arbeitszeitverkürzung bei hohen Löhnen!

Das Problem Verkürzung der Arbeitszeit bildet noch immer den wichtigsten Behandlungsstoff des internationalen Schrifttums. Man kann sich drehen und wenden wie man will: die Arbeitslosigkeit bleibt doch, sie kann nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgreich bekämpft werden. Allgemein muß diese Auffassung auch in Unternehmerkreisen Anklang finden. Recht interessant sind Strömungen, die man in den Vereinigten Staaten zu beobachten Gelegenheit hat. Der amerikanische Korrespondent des Berliner Tageblatts berichtet in Nr. 218 über die Fünftagearbeit in Amerika. Aus den aufschlußreichen Ausführungen heben wir folgendes hervor: „Eine enorme, wenn auch vielfach nur scheinbare Geldflüssigkeit besteht, Ueberschüsse größten Stils an Getreide, Baumwolle, und dennoch Not! In irgendeiner Form muß dem Konsumenten mehr Kaufkraft zugeleitet werden. Was bleibt, als die eigenen Gewinne zu beschneiden? Sonst leiden auf die Dauer beide Teile. Die so sprechen, nehmen, nachdem sie sich von der ersten Ueberraschung erholt haben, mit Vergnügen das Argument auf, diese Darstellung sei schließlich nicht von den marxistischen Lehren verschieden: Die an der Maschine arbeiten, bekommen in der kapitalistischen Ordnung zuwenig, die die Maschinen-Produktionsmittel besitzen, zuviel. Akkumulation auf der einen, Kaufunfähigkeit auf der andern Seite. Und daran geht die ganze Ordnung auf die Dauer zugrunde. Im ganzen, wird darauf erwidert, sind in der bisherigen Besitzordnung alle aufgestiegen. Die Möglichkeiten unseres Systems müssen nur richtig ausgenutzt werden: Fünftagewoche. Wird sie eingeführt, werden nicht nur mehr Leute da sein, die die Produktion verschleißen, sondern es wird auch erwartet, daß sie je mehr ausgeben, je mehr Muße sie genießen. Aber das alles setzt das eine voraus, daß die Fünftagewoche ohne Lohnsenkung Wirklichkeit wird. In der Tat ist sich alles, wenigstens theoretisch, darüber klar, daß die Löhne in jedem Fall hochgehalten werden müssen wie bisher, wenn man das Ziel erreichen will."

Diese Beobachtungen des Berichterstatters des BT. bestätigen die Auffassung der Gewerkschaften über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung. Wenn man sich in den Vereinigten Staaten, wenigstens theoretisch, darüber klar ist, daß die Löhne hochgehalten werden müssen, so ist das nicht der Fall bei den europäischen Unternehmern. Im Gegenteil verfechten diese die Auffassung von der Notwendigkeit niederer Löhne. Ein solcher Lohndruck oder die Nichtausgleichung herabgesetzter Arbeitszeit würde die Krise nur verschärfen. Die Gewerkschaften müssen in der ganzen Welt versuchen, kurze Arbeitszeit und hohe Einkommen auf einen Nenner zu bringen. Erstere ist durch die technische Entwicklung bedingt und letztere sind möglich durch die Bereicherung der Weltwirtschaft vermittels Rohstoffüberfluß und größere Ergiebigkeit menschlicher Arbeitskraft.

Geschichte der deutschen Zimmererbewegung

Von August Bringmann

Durch die Herausgabe einer beschränkten Neuauflage des 2. Bandes ist das gewerkschaftsgeschichtlich bedeutsame Werk wieder komplettiert worden.

Beide Bände kosten zusammen 12,- RM.

Das treffliche Geschichtswerk kann allen Freunden der Arbeiterbewegung zum Studium empfohlen werden. In keiner Zahlstellen-, Jugend- und Arbeiterbibliothek dürfen diese wertvollen Aufzeichnungen aus den Anfängen der Arbeiterbewegung fehlen.

Bestellungen nehmen die Zahlstellenvorstände und der Zentralvorstand entgegen.

Die internationale Arbeitslosenfrage

Wenn das Problem der Arbeitslosigkeit durch schöne Reden, weise Betrachtungen und gigantische Pläne gelöst werden könnte, wäre die Krise längst überwunden. Nationale und internationale Organe haben sich in wachsendem Maße mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befaßt, das in der Tat vorwiegend internationale Ursachen hat oder Ursachen, die insofern als international bezeichnet werden können, als sie in den verschiedenen Ländern mehr oder weniger gleichartig sind. Neben den zuständigen Körperschaften in den einzelnen Ländern waren es in letzter Zeit vor allem die Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, das Internationale Arbeitsamt in Genf und vor wenigen Tagen erst der Kongreß der Internationalen Handelskammer in Washington, die sich eingehend mit der Frage der Arbeitslosigkeit im Zusammenhange mit der Weltwirtschaftskrise und mit den Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung befaßt haben. Wahrlich, der Worte sind genug gewechselt! Die Arbeiterschaft hat ein Recht zu fragen, welches die Erfolge der mit großem Aufwand veranstalteten nationalen und internationalen Kongresse, der massenhaft ins Leben gerufenen Kommissionen, Studienkomitees usw. sind. Schon im Januar dieses Jahres hat der vom Internationalen Arbeitsamt eingesetzte Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in außerordentlich klarer Weise die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit in einer Entschließung niedergelegt. Hier werden vor allen Dingen genannt:

Die übermäßige Produktion gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die einerseits auf außerordentlich gute Ernten und anderseits auf eine Erhöhung der bebauten Flächen infolge Unkenntnis der Absatzmöglichkeiten zurückzuführen ist. Diese Absatzmöglichkeiten werden zuweilen durch einen Unterverbrauch noch verringert. Die mangelhafte Anpassung der Erzeugung gewisser Industrieprodukte, wie Rohstoffe und Produktionsmittel, an die Aufnahmefähigkeit der Märkte; die mangelnde Elastizität, die den Beziehungen beigemessen wird, wonach die tatsächliche Kaufkraft, ausgedrückt in Geld und Kredit, nach manchen Auffassungen an die in der Welt verfügbaren Goldmengen gebunden ist und so einen der Faktoren eines noch nie verzeichneten Tiefstandes der Weltmarktpreise gebildet hat; der Mangel an Vertrauen, der häufig eine ungleichmäßige Verteilung des Goldes, Störungen im Kapitalumlauf und Kreditbeschränkungen verursachte, war nicht geeignet, den Zusammenbruch der Weltmarktpreise aufzuhalten, weil er sowohl die Finanzierung der kapitalbedürftigen Länder wie auch eine Hebung der Kaufkraft verhindert hat. Schuld sind ferner die infolge natürlicher, geographischer oder anderer Verhältnisse zu hohen Produktionskosten in bestimmten Ländern; die Störungen des Welthandels, nicht nur durch die Entstehung neuer Produktionsstätten, sondern auch durch die dem internationalen Austausch künstlich angelegten Fesseln und durch die von den politischen Schulden herrührenden Schwierigkeiten; die Hindernisse, die einer Anpassung der Bevölkerungsbewegung an die Möglichkeiten der Ausnutzung der Reichtumsquellen der Welt entgegenstehen; die Störungen des Arbeitsmarktes durch eine zu rasche Entwicklung der Mechanisierung und der Rationalisierung.

Dazu kommt noch die Ungleichheit der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern, die infolge der damit verbundenen Dumpingmöglichkeiten die Krise verschärfen und insbesondere die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in sozialpolitisch fortschrittlichen Ländern bedrohen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber waren sich hier im wesentlichen einig in der Anerkennung dieser Ursachen, deren Beseitigung natürlich in weitestem Maße eine internationale Verständigung zur Voraussetzung hat. Auch auf eine Reihe von Vorschlägen zur Linderung der Arbeitslosigkeit konnte man sich einigen, insbesondere soweit es sich um die Organisation des Arbeitsmarktes durch öffentliche Arbeitsvermittlung, die Notwendigkeit eines Ausbaues der Unterstützungs- oder Versicherungseinrichtungen gegen Arbeitslosigkeit, die Durchführung großer, nutzbringender öffentlicher Arbeiten, gegebenenfalls sogar in internationalem Ausmaße, auf dem Wege der gegenseitigen Verständigung handelte. Dagegen konnte über die Kardinalfrage zur Ueberwindung der Krise, die grundsätzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche, eine Verständigung mit den Arbeitgebern nicht erzielt werden. Das gleiche gilt für die Lohnfrage. Dabei ist gerade die internationale Einführung der 40-Stunden-Woche neben der Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen die entscheidende Voraussetzung für die Linderung der Arbeitslosennot in den am meisten davon betroffenen Ländern. Gerade weil niemand verkennt, daß eine solche Verkürzung der Arbeitszeit in größerem Umfange zunächst von beiden Teilen, der Arbeiterschaft und den Unternehmern, Opfer erfordert, ist hierbei internationales Vorgehen notwendiger denn je.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, hat vor kurzem dem Europa-Ausschuß eine Denkschrift zur Arbeitslosenfrage vorgelegt, die auf keiner Seite begeisterte Zustimmung gefunden hat und zum Teil sogar auf Widerspruch gestoßen ist. Die Denkschrift schlug bekanntlich die Vornahme öffentlicher Arbeiten im europäischen Maßstabe vor. So ist insbesondere an den Aufbau eines europäischen Autostraßennetzes oder Kanalnetzes, die Uebertragung elektrischen Stromes in energiearme Länder, die Einführung der automatischen Kuppelung im europäischen Eisenbahnverkehr und die Schaffung einer europäischen Arbeitsbörse gedacht. Diese Vorschläge sind durchaus beachtlich, wenn auch niemand von ihnen die Behebung der Krise selbst erwartet. Sie sollen nur zur Linderung dienen und halten sich im Rahmen gewisser Möglichkeiten, die um so größer und wirksamer werden, je mehr die Unternehmer und die Regierungen bereit sind, aus den wissenschaftlichen Ermittlungen die notwendigen Folgerungen zu ziehen und ihnen die Tat folgen zu lassen.

Wenn das Internationale Arbeitsamt in seinen Vorschlägen nicht weitergehen kann, so vergesse man nie, daß vor allen Dingen der hartnäckige Widerstand der Arbeitgebergruppe in der Lohn- und Arbeitszeitfrage das Internationale Arbeitsamt daran gehindert hat, wirklich durchgreifenden Maßnahmen zur Durchführung zu verhelfen. Den deutschen Regierungsvertretern in Genf aber sei gesagt, daß ihre Kritik am Europaprogramm des Internationalen Arbeitsamtes recht eigenartig anmutet angesichts der Tatsache, daß man gerade im Reichsarbeitsministerium es noch nicht verstanden hat, bessere Vorschläge zu machen und sie zur Durchführung zu bringen. Mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Wirtschaftsorgane des Völkerbundes ist es nicht getan.

Die nächste internationale Arbeitskonferenz, die am 26. Mai in Genf beginnt, wird sich erneut mit der ganzen Frage zu befassen haben. Die soeben in Madrid beendete Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat den Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes, international für die 40-Stunden-Woche zu kämpfen, bestätigt. Mögen die Vertreter der Privatwirtschaft und die in ihrem Schlepptau gehenden Regierungen rechtzeitig den Ernst der Lage erkennen. Die Arbeitslosigkeit und deren Ueberwindung wächst sich zu dem Zentralproblem der Weltwirtschaft aus. Ein Land allein kann hier wohl vorbildlich wirken, aber niemals für sich eine Lösung herbeiführen. Hoffentlich zwingt man infolge vollständiger Passivität die Arbeiterschaft nicht, Wege zu beschreiten, die als Verzweiflung angesehen werden können.

Verbandsnachrichten

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Material für die Gesellenausschußmitglieder bei den Innungen und Handwerkskammern

Den Mitgliedern der Gesellenausschüsse bei den Innungen und Handwerkskammern wurde vor einigen Tagen Material übermittelt. Da der Zentralvorstand jedoch nicht im Besitze sämtlicher Adressen der Gesellenausschußmitglieder ist, werden die Zahlstellenvorstände gebeten, das ihnen übersandte Material seiner Bestimmung gemäß weiterzuleiten.

Der Zentralvorstand.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Pfingstsonne

Sie blinzelte durchs Fenster und streichelte den grünen Birkenzweig, der an den Türpfosten genagelt war. Dann kitzelte sie mit ihren feinen, blanken Glühnadeln die Schläfer: Steht auf, liebe Leute! Steht auf und kommt heraus aus eurem Käfig! Kommt! Verschlaft mir nicht den köstlichen Tag, den ich extra für euch hergerichtet habe. Für euch, grübelnde Köpfe und schaffende Arme! Ihr habt euch lange genug geplagt. Habt im Dunkeln gesessen und mit eurer Mühsal und Sorge lange Zwiesprach' gehalten. Vergeßt es für einen Augenblick, meine Kinder, daß sie euch mir entfremdet haben. Laßt euren Kummer daheim und kommt, daß ich euch wieder einmal die andere Seite des Lebens zeige. Kommt! Kommt!

Und sie kamen. Hunderte, Tausende, Unzählbare. Männer mit grauen Bärten und zitternden Händen. Mütterchen, die den Schnee des Daseins auf ihren Häuptern trugen und sich beim Gehen auf einen altmodischen Schirm stützen mußten. Kräftige Mannesgestalten mit braunen Gesichtern; zähe Frauen, denen Arbeit die Hände gehärtet. Jünglinge mit trotzigen Gesichtern und mutigen Augen; zarte, blaßwangige Mädchen mit blondem, braunem und schwarzem Haar, in hellen, dunklen und farbigen Kleidern. Und Kinder — Kinder in Scharen, die neugierig in die Welt blickten und schwatzten und fragten mit unermüdlichem Munde.

Euch lieb ich am meisten, schmeichelte die Sonne. Euch, ihr Kleinen. Ihr versteckt euch noch nicht vor mir, sucht nicht den Schatten, wie es die Müden tun müssen, die das Leben ermattete. In euren kleinen Seelen glüht noch hell der Funke, den ich jedem mit auf die Welt gebe. Unverschüttet, unverglommen brennt die winzige Flamme in eurer Brust. Keine Frage erstickte, kein Sturm verlöschte sie bisher. Ach, könntet ihr doch immer so bleiben! Könntet ihr doch mit hellem Herzen bis zu Ende gehen! Aber ich weiß wohl: das ist ein Wunsch und bleibt ein Wunsch. Allerlei dunkle Mächte werden kommen, werden eure blanken Augen trüben und die harmlose Freude in eurer Seele ertöten. Auseinanderreißen wird uns das Leben! Wie eine finstere Wolke wird es sich zwischen euch und mich schieben, und manchmal werden wir glauben, einander gar nicht mehr zu kennen. Aber wir wollen Freunde bleiben, hört ihr! Wollen uns zuweilen wiedersehen. Trotzalledem! Der heimliche, goldene Faden, der hinübergleitet von euch zu mir, von mir zu euch, darf nicht zerreißen. Fest müßt ihr ihn halten. Und wenn die Tage auch grau sind und schwer, einmal doch müßt ihr sie abwerfen und zu mir kommen, daß ich euch erheitere und den stillen Funken, der zu erlöschen droht, von neuem erglühen mache.

Gut, wir verstehen uns!

Wir auch! Die Sonne zwinkert lustig zu den jungen Mädchen hinüber. Ei, wie ihr euch geputzt habt! Das gefällt mir. Nun will ich eure Wangen noch ein wenig schminken! Ein ganz feines Rosa leg' ich auf die Blässe. In die Augen meinen Widerschein. So! Seht, wie hübsch ihr geworden seid! Jetzt geht nur und sucht euer Glück. Hier herum muß es zu finden sein. Dort, dem jungen Mann im schwarzen Rock, mit der weißen Krawatte, glänzen schon die Augen. Nicht so unmutig, Freund! Heute ist Pfingsten und man darf sich wohl einen Scherz erlauben. Die stillen Wege im Wald hab' ich mit prachtvollem Grün geschmückt, und hinter der Hecke am Wiesenrand läßt sich's vorzüglich träumen. Die Blonde und du, das wäre ein Paar! Ja, seht euch nur an! Mein kleiner Bruder, der Mond, wird mir's morgen erzählen, ob ihr einig geworden seid und ob ich euch im nächsten Jahre meine Musikanten zur Hochzeit schicken darf.

Was ist denn mit dem Herrn Nachbar dort? Haha, einer von den allzeit Unzufriedenen. Wahrhaftig, er schmäht mich und streift die Jacke herunter — just wie sonst, wenn er an der Hobelbank steht. Nun singt er und schwingt seinen Stock. Recht so, Freund! Du kannst nicht böse bleiben, ich will es nicht. Deine Frau auch nicht. Sie lacht aus vollem Halse und reicht dir ein Brötchen: „Iß, Alter!" Nun kaut er und singt dabei! Ach, ihr Materialisten! Da sitzen sogar vier im Grase und dreschen einen Skat. Mir alles einerlei. Wenn ihr nur vergnügt seid und die Freude in eurer Brust aus den Schlacken hüpft! —

Und wir, Väterchen? Du, Großmütterchen? Es geht nur langsam vorwärts auf den alten Beinen, wie? Seht mal, da steht eine Eiche mit wunderhübschem Dach. Auf ihren breiten Wurzelknollen läßt sich's gut sitzen. Dort ruht euch. Gegen die Mücken ist dein Knaster gut, Alter! Was machst du plötzlich so fröhliche Augen, Mütterchen? Hier habt ihr schon einmal gesessen? Vor langer, langer Zeit? Richtig, ich entsinne mich. War auch dabei. Ach ja! Damals saht ihr anders aus als heute, so viel weiß ich. Auch die Eiche hat ein älteres Gesicht bekommen. Und mit der Schlankheit ist's bei ihr wie bei euch vorbei. Das war auch ein Pfingsten damals! Glatte Wangen und krauses Haar, wie Großmutter? Einen Strauß an der Brust. Den hat dir der da zerdrückt. Ja, du Alter! Schmunzle nur! Man weiß es noch, was du für ein Bursch warst! Was für ein prächtiges Mädel du, Großmütterchen! Einen Tag nach dem andern habt ihr gemeinsam auf den Buckel genommen. Die Rücken sind ein wenig krumm davon geworden. Ihr habt zu schleppen gehabt, das ist wahr! Manchen Fluch, manchen Seufzer hab' ich gehört. Aber eins freut mich noch heute: ihr habt mich nicht vergessen, habt mich hereingelassen in eure Fenster und euren Sinn und zuversichtlich mich am neuen Morgen erwartet, wenn der Abend vorher trübe gewesen. So ging manche schwere Stunde leichter vorüber. Bringt es so zu Ende und gehabt euch wohl! Ich muß wieder einmal nach meinen andern Kindern schauen. Ob irgendwo ein trauriges Gesicht ist, versteht ihr? Ich streichle es so lange, bis es lacht.

Denn heute ist Pfingsten. Die Erde hab' ich mit Grün und Blüten geschmückt. Und im Menschen möcht' ich die Freude und die Hoffnung sehen. P.

Wir fahren um die Welt

Port Said empfängt . . .

Port Said empfängt — den Fremden nämlich. Jeder, der nach dem Osten reist, muß hier Station machen. Die Dampfer nehmen neue Kohle — die Fahrt durch den Indischen Ozean ist lang. Auch ist sie hier billiger als etwa in Colombo. Billiger aus Frachtgründen; hauptsächlich aber, weil die Kulis so billig arbeiten, daß selbst die Maschine, der Ladekran, nicht konkurrieren kann!

Diese Tatsache zu erwähnen ist wichtig: nur wenn man die Lebensbedingungen eines Volkes kennt, versteht man seine politischen Interessen. Je höher seine politische Entwicklung, um so höher auch seine Ansprüche ans Dasein.

Hier, in Port Said, waren sie gering. Sowohl die Ansprüche ans Leben, wie an die Politik. Wohl war vor einigen Wochen ein Aufstand; rebellierten die Aegypter gegen die englische Bevormundung; aber versteht man das Temperament der Orientalen, kann man nur schwer an eine Massenbewegung glauben. Und erst recht nicht an einen richtigen Aufstand in Port Said.

Seine Bevölkerung, sie lebt von Fremden. Von dem raschen Durchgangsverkehr der Schiffe aller Nationen, von Matrosen, Reisenden, Aegyptenbummlern. Kaum liegt unser Schiff vor Anker — weit draußen im lehmgelben Hafen — berennt, stürmt, erbeutet eine Kompanie fliegender Händler das Brückeneck. (Zutritt nach dem Bootsdeck durch zwei Stewards gesichert. Kabinen und Bullauge trotzdem schließen!)

Sie kommen, die „Herren Kaufleute": Fellahs mit schmierigen Turbans, Aegypter im roten Fez. Du kannst deine armselige Mark in jede andere Geldsorte umwechseln — wenn du Lust hast, betrogen zu werden. Du kannst deine Filme in zwei Stunden entwickelt haben. Aber du kannst auch haben eine gewisse Sorte Photos. Denn eine, zwei, drei wispernde Stimmen offerieren: „Scheene Photos gefällig? Alle Sorten, was du liebst . . ." — „Billige Sigaredden. Kaufe du, Occasion'."

Unten am Fallreep wartet schon die Motorbarkasse. Du entrinnst unter Widerstand und mit verbissenem Schweigen dem Händlerschwarm. Denn du willst ja keine Glasketten aus Gablonz, auch keine „echt ägyptischen Teppiche aus Chemnitz kaufen. Deshalb kamst du nicht heraus, außerdem hast du kein Geld dafür.

In der Stadt.

Du hast geglaubt . . . Nämlich, jetzt deine Ruhe zu haben. Verschont zu sein von den schwatzenden, gestikulierenden, aufdringlichen, attackierenden Hausiererschwarm. Du hast geglaubt . . . Und dir nicht träumen lassen, daß dein erster Schritt auf dem Boden Aegyptens fast wie eine Flucht sein würde. Eine Flucht vor dem Auswurf, dem Abhub, den zerbrochenen Existenzen aus Ost und West.

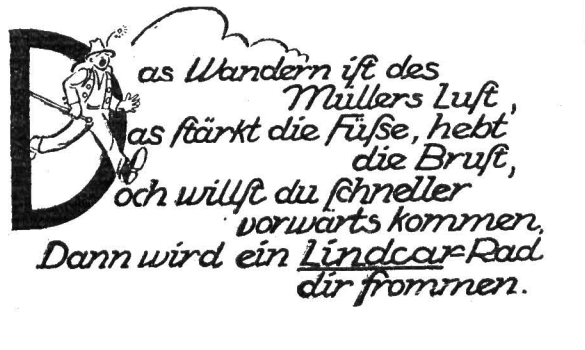
Du willst nichts kaufen. Nicht Zigaretten — sie sind verschimmelt und gerade gut genug für die dummen Touristen — und auch keine pornographischen Bücher. Du willst nicht in gewisse Häuser, selbst die Venus von Milo könnte dich heute nicht reizen. Du willst keinen Fremdenführer — aber er ist nicht von der Seite zu bekommen. Erst als du ihm wiederholt sagst, er bekomme nicht einen einzigen Cent, beginnt er zu fluchen und — geht.

Dann bist du im Araberviertel, mitten im Gewimmel eines vormittäglichen Obstmarktes. Du stellst Betrachtungen an über die Hygiene im Osten. Findest, Neuling, der du bist, die Fliegenschwärme furchtbar, die über Trauben, Mangos und Pfirsichen schwirren. Du siehst die Frauen mit kleinen Haarwedeln über die Früchte streifen: sehr schläfrig und mehr aus Gewohnheit, als um die Fliegen zu verscheuchen. Diese Frauen: sie könnten auferstanden sein aus „Tausendundeiner Nacht", wie sie in der grellen Vormittagssonne dasitzen; das Gesicht verhüllt von einem schwarzen Schleier, auf der Nase die goldene Klammer, die den Adjar hält.

Und Kinder stielen sich dazwischen, wühlen den Staub der Straße auf; er weht über Obst und Gemüse hin. Niemand schert sich darum. Nicht Verkäufer noch Käufer. Entzückend, wenn auch nicht gerade appetitlich: die Kinder mit nacktem Hinterteil zwischen Wassermelonen, gelben Mangofrüchten, blauen Trauben, weißen Knoblauchbergen und den leuchtend roten Paprikaschoten.

Du bist des Marktgelärmes müde und des Staubes; gehst hinaus an den Strand. Wenn du die Villen der reichen Europäer und Aegypter passiert hast (welch eine dumme Protzerei tut sich hier auf, wie einfältig kopieren sie Europa!), bist du mitten in einem echt orientalischen Badebetrieb. Reihen buntfarbig gestrichener Bretterbuden, darin die Aegypter hausen mit Kind und Kegel; darin sie kochen, essen, ihren Mittagsschlaf halten. Der Wasserverkäufer zieht zwischen den Budenreihen durch mit singender Stimme; der Melonenhändler ruft seine Ware aus, die er schnittweise verkäuft.

Die Sonne, dieses unbarmherzige Licht, siedet, schmort dich. Aber tapfer, wenn auch sehr langsam, gehst du weiter durch den glühenden Sand. Und siehst dieses Volk in einer unbegreiflichen Sorglosigkeit — nicht nur Frauen und Kinder, auch Männer — den Tag, einen Wochentag, am Strand vertrödeln. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend spielt in den heißen Monaten sich das Leben an der Beach ab: wann gearbeitet wird, war nicht herauszufinden. Kurt Offenburg.



Panik bei Bränden

Es gibt Fälle, in denen wir beinahe mit Selbstverständlichkeit auf ein Versagen der natürlichen unbewußten Abwehrkräfte und auf völlige Ausschaltung jeglicher Vernunft und Verstandesarbeit rechnen müssen: Sowie große Menschenansammlungen in wirkliche oder vermeintliche Gefahr geraten, erhebt sich drohend das Gespenst der Panik. Zum Glück sind ja große Brandkatastrophen in öffentlichen Räumen, seien es Gastwirtsbetriebe, Festsäle oder Versammlungslokale, seien es Theater, Kinos oder Konzerthallen, verschwindend selten. Trotzdem aber kommt man von der Verpflichtung nicht los, auch für diese seltenen Fälle vorbereitend möglichst weitgehende Vorbeugungsmaßnahmen zu propagieren. Denn kommt es erst einmal unter Hunderten oder gar Tausenden von Menschen zu einer Panik, so sind zahlreiche, in unmenschlichster Weise buchstäblich zerquetschte und zertrampelte, qualvoll zu Tode gemarterte Opfer unvermeidlich.

Menschenmassen unterliegen — je größer sie sind, um so leichter — jeglicher Massensuggestion. So überträgt sich die ganze „Atmosphäre" eines Milieus, die in der Luft schwebende Stimmung, die stürmische Heiterkeit oder die weihevolle Ruhe einer Zuhörerschaft mit beinahe zwingender Notwendigkeit auf jeden einzelnen. Und wenn nun plötzlich von ungefähr aus irgendeiner Ecke des womöglich noch verdunkelten Saales ein gellender Schrei kommt „Feuer, Feuer!", wenn sekundenlang lähmendes Entsetzen die noch eben höchst vergnügten oder andächtig lauschenden Massen packt, wenn auf einmal ein Schreien, Kreischen und Schimpfen losbricht, Wimmern und Heulen die Luft erfüllt, wenn wildes Durcheinander tobt, alles kopf- und sinnlos hin und her rennt, die unmöglichsten Rettungswege sucht und die vorhandenen durch rücksichtslos zusammengepreßte Menschenballen verstopft werden, dann schwindet scheinbar in diesen vernunftbegabten Einzelwesen der Masse jeder Unterschied zwischen Mensch und Tier.

Ueberlegt man, wie nach menschlichem Ermessen dem Ausbruch einer Panik vorgebeugt werden kann, so muß man sich in erster Linie an die verantwortlichen Leiter derartiger Versammlungslokale und Vergnügungsstätten wenden. Beleuchtete Notausgänge, deutliche, auch für die aufgeregten Massen leicht sichtbare Wegweiser zu den Rettungsmöglichkeiten sind unbedingte Voraussetzung. Sodann strengste Instruktion des gesamten Personals! Es lassen sich natürlich keine allgemeingültigen Regeln aufstellen, in jedem Einzelfall, in jedem Theater oder Kino, in jedem Restaurant oder Saal werden die Verhältnisse anders liegen. Wichtig ist aber, daß die verantwortlichen Inhaber, Direktoren oder Geschäftsführer sich für ihren Betrieb die Möglichkeit von Feuersgefahr mit allen Einzelheiten und bis in die letzten Konsequenzen einmal durchdenken, daß sie vor allen Dingen die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit des Ausbruches einer Panik in Rechnung stellen. Und darum müssen alle Angestellten, die überhaupt irgendwie in Betracht kommen, für solch einen Fall ihre fest umrissenen Aufgaben haben. Erstes Erfordernis: Licht, viel Licht, soviel Licht wie irgendmöglich! Wenn möglich Musik! Auf keinen Fall Merkenlassen irgendwelcher Erregung oder Angst, also kein Schreien, Gestikulieren und Winken, keine langen Volksreden! Kurze Befehle in knapper Form, wenn irgendmöglich die ganze Sache harmlos, ja geradezu lächerlich darstellen, Witze machen!

Und jeder einzelne, in der von der Panik erfaßten Masse eingeklemmte, scheinbar Machtlose und Hilflose muß selbst die ehernste Ruhe bewahren, nicht schreien und toben, nicht klagen und weinen. Besonders Aufgeregte aus der Masse herausgreifen und sie beruhigen! Nicht schimpfen, sondern vernünftig zureden, gegebenenfalls sogar festhalten. Durch Wecken und Anfeuern des Verantwortungsbewußtseins möglichst viele von dem Gedanken an die eigene Gefährdung ablenken, so daß sie sich der Kinder, der Alten und besonders aufgeregter Frauen, womöglich der Ohnmächtigen und Verletzten annehmen! — So kann durch richtiges Eingreifen einiger weniger Beherzter unter Umständen eine Panik unter Hunderten oder Tausenden vermieden oder im Keime erstickt werden. Freilich wird die momentane Entschlußkraft, die kaltblütige Ruhe hierbei die Hauptsache zu leisten haben. Aber hat man sich einmal rechtzeitig vorher solch eine Möglichkeit des Panikausbruches genauestens durchdacht und überlegt, so wird die reaktionsmäßig verlaufende Einstellung auf solche Augenblicke der Gefahr eher und leichter erfolgen. Dr. C. Th.

Berichte aus den Zahlstellen

Flensburg. In der Versammlung am 6. Mai wurde zum Lohnabkommen und zur Lage im Zahlstellengebiet Stellung genommen. Kamerad Templin schilderte den Verlauf der Verhandlungen in der Lohnfrage. Er hob hervor, daß diese Verhandlungen außerordentlich schwierig gewesen sind. Die Unternehmer haben alles versucht, um die Wirtschaftskrise zu ihrem Gunsten auszunutzen. Noch nie in der Geschichte der Zahlstelle sei ein derartiger Lohnabbau zu verzeichnen gewesen. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage dürfen wir nicht müde werden und müssen den gewerkschaftlichen Geist hochhalten. Die Lage wird sich auch einmal ändern. Im gegebenen Zeitpunkt werden die Zimmerer der Zahlstelle zeigen, daß sie zu kämpfen gewohnt sind. Der neue Lohn tritt ab 16. April in Kraft. Zu Punkt Verbandsangelegenheiten gab Kamerad Templin einen Bericht von der Tätigkeit des Ortsausschusses. In diesem Zusammenhang wurden Fragen der Fürsorgearbeiter angeschnitten. Eine ziemlich rege Aussprache setzte zu diesem Punkt der Tagesordnung ein. Die Mitteilung, daß an einer Betonbaustelle Ueberstunden geleistet werden, rügte die Versammlung. Zur Arbeitszeitfrage in der örtlichen Bauhütte wurde Stellung genommen. Leider konnte eine Einigung in dieser Frage noch nicht erzielt werden. Mit Nachdruck verlangen unsere Kameraden die Einführung der 40-Stunden-Woche im Sozialen Baubetrieb. In der Aussprache wurde dieses Verlangen mit Nachdruck erhoben. Es sei immerhin besser, 40 Stunden zu arbeiten, als auf die Unterstützung des Wohlfahrtsamtes angewiesen zu sein Durch die Einführung der 40-Stunden-Woche sei es möglich, einige Kameraden in Arbeit zu bringen. Vor Abschluß der Versammlung wurden noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und geregelt.

Groß-Zimmern. Am 3. Mai fand unsere gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Abrechnung vom 1. Quartal verabschiedet war, referierte der Gauleiter, Kamerad Ebert, über die Verhandlungen und die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe. In ausführlicher Weise behandelte der Redner die wirtschaftliche Situation, unter der das Baugewerbe besonders zu leiden habe. Ebenso ausführlich schilderte Kamerad Ebert den Gang der Tarif- und Lohnverhandlungen. Die Ausführungen des Referenten wurden öfter unterbrochen, jedoch gelang es dem Kameraden Ebert, die Versammlung von der Notwendigkeit der getroffenen lohn- und tarifpolitischen Maßnahmen zu überzeugen. Bedauerlicherweise wurden persönliche Streitigkeiten einiger Kameraden in der Versammlung in unkameradschaftlicher Weise zum Ausdruck gebracht. In der Diskussion versuchte ein kommunistischer Redner die bekannten Tiraden vom Stapel zu lassen. Er verlangte, daß sich die gewerkschaftlichen Versammlungen mehr mit politischem Geschehen befassen müßten. Zusammenhanglos leierte dieser Redner seine bekannten Notizen herunter. Mit seinen Ausführungen wußten selbst die wenigen Anhänger in der Versammlung nichts anzufangen. Auch ein weiterer Redner brachte allerhand ungereimtes und falsches Zeug vor. Im Schlußwort stellte der Gauleiter, Kamerad Ebert, die Ausführungen einiger Redner richtig. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß die freien Gewerkschaften gestärkt werden müssen. Im Anschluß daran wurden örtliche Streitigkeiten unter den Kameraden besprochen.

Koblenz. Am 10. Mai fand in Metternich im Bootshaus des Arbeiterwassersportvereins unsere Delegiertenversammlung statt. Die Versammlung war beschickt von 11 Bezirken mit 29 Delegierten. Außerdem nahmen an der Versammlung aus den umliegenden Bezirken noch 50 Kameraden teil, die sich den Vortrag des Kameraden Hans Schröder, Düsseldorf, „Die diesjährigen Tarif- und Lohnverhandlungen im Baugewerbe", anhören wollten. Der Vorsitzende, Kamerad Dott, streifte mit kurzen Worten die Entstehung des schönen Hauses an der Mosel, in dem wir als erster Verband eine Tagung abzuhalten Gelegenheit hätten. Er dankte dem Kameraden Peter Hommen, der unter Hintansetzung aller persönlichen Interessen dieses Werk vor drei Jahren in Angriff genommen und mit den andern Mitgliedern des Arbeiterwassersports in der mustergültigsten Weise fertiggestellt hat. Zunächst erinnerte der Vorsitzende noch einmal an die Generalversammlung in Ehrenbreitstein und wies darauf hin, daß alle die in dieser Versammlung gehegten Hoffnungen auf ein baldiges Abflauen der Krise nicht in Erfüllung gegangen seien, daß weiter die in Frage kommenden Behörden für den Neubau der Moselbrücke sich immer noch in nutzlosen Streitigkeiten ergehen. Die Arbeiterschaft aus dem Stadt- und Landgebiet Koblenz bestehe zu 90 % aus Bauarbeitern. Es bestehe kein Zweifel, daß die Erwerbslosigkeit innerhalb der Bauarbeiterschaft erschreckende Formen angenommen habe. Aus dem zu schließen, könne es bei den Behörden nur eine Frage geben, und zwar: Wie bringen wir auf dem schnellsten Wege ein Teil der Erwerbslosen wieder in Arbeit. Für die Bauweise der Brücke könne nur Beton in Frage kommen. Eine vom Vorstand eingebrachte Entschließung wurde einstimmig angenommen. Hierauf gab Kamerad Weber den Kassenbericht. Er wies vor allen Dingen auf die finanziellen Kalamitäten der Lokalkasse hin. Bei weiterem Anhalten der Erwerbslosigkeit sei es ihm in diesem Quartal kaum noch möglich, die dringendsten Ausgaben zu erledigen. Auf Antrag des Kameraden Spira wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. In einem vortrefflichen Referat sprach der Kamerad Schröder von der Gauleitung Düsseldorf über die Schwierigkeiten, die sich in den Verhandlungen nicht nur über die Löhne und Ortsklasseneinteilung, sondern auch beim Abschluß der Verhandlungen über den Reichstarifvertrag in den Weg stellten. Er machte den Kameraden klar, daß in der Vergangenheit noch keine Verträge abgeschlossen wurden unter einer derartigen Situation. Mit der Hoffnung, daß wir das durch den Schiedsspruch Verlorene bei gegebener Zeit wieder erobern werden, schloß der Referent seinen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach kurzer Diskussion wurde nachfolgende vom Bezirk Neuwied eingebrachte Entschließung angenommen: „Die Zahlstelle Koblenz erhebt Protest gegen die in keiner Weise berechtigte Ortsklassenumgruppierung. Sie sieht darin nur eine Verstümmelung des bisher einheitlichen Wirtschaftsgebietes Koblenz, Neuwied und Andernach. Die Verhandlungsteilnehmer werden beauftragt, dahin zu wirken, daß eine Korrektur erfolgen muß und die entsprechenden Löhne wieder in Kraft gesetzt werden." Ohne Debatte erledigt wurde das Statut der Sterbekasse und rückwirkend ab 1. Januar in Kraft gesetzt. Hierauf machte der Vorsitzende folgende Ausführungen über die im Regierungsbezirk Koblenz und eines Teiles von Hessen durchgeführte Agitation. Infolge der Wirtschaftslage hat die Werbearbeit nicht zu dem Erfolg geführt, der unter andern Verhältnissen möglich gewesen wäre. Ein Erfolg von wesentlicher Bedeutung kann die Zahlstelle doch für sich in Anspruch nehmen. Angesichts der ungünstigen Verhältnisse ist es dennoch gelungen, an den wichtigsten Stellen kleinere Gruppen zu Bezirken zusammenzufassen. Die Bezirksführer in diesen Bezirken haben eine wichtige Mission zu erfüllen. Die in den einzelnen Bezirken noch unorganisierten Kameraden verteilen sich wie folgt: Neuwied und Umgebung 19, Bendorf-Engers 5, Vallendar-Nieserwerth 5, Urbar-Weitersburg 7, Pfaffenburg-Horchheim 4, Lay-Kobern 5, Mayen und Umgebung 13, Arzheim 1, Andernach 18, Ems-Nassau 7, Limburg und Umgebung bis Hadamar 67, Montabaur 15, Honnef 7. Zusammen sind 179 unorganisierte Zimmerer vorhanden. Der Vorsitzende bat, nun mit aller Kraft ans Werk zu gehen, damit auch der letzte Zimmerer dem Verbande zugeführt wird. Mit einem Hoch auf den Zentralverband und die freie Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Baugewerbliches

Erheblicher Rückgang der Bautätigkeit

Das Statistische Reichsamt veröffentlichte vor einigen Tagen das Ergebnis der Bautätigkeit im 1. Vierteljahr 1931. Es ist ein überaus jammervolles Bild, das sich dabei zeigt. Mit 6900 neuerstellten Wohnungen war im März die Zahl der Bauvollendungen um 1000 Wohnungen kleiner als im Februar und blieb damit um 14 % hinter dem Ergebnis des Vormonats und um 59 % hinter dem des Vorjahres zurück. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten dieses Jahres dem Wohnungsmarkt 25 500 Wohnungen neu zugeführt, das sind 42 % weniger als im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1930. Der erhebliche Rückgang der Zahl der Bauvollendungen ist auf das Zusammentreffen verschiedener Umstände zurückzuführen. Die Zahl der in das Jahr 1931 unvollendet übernommenen Bauten ist kleiner gewesen als im Vorjahr; der Bestand an noch nicht vollendeten Wohnungsbauten bezifferte sich zum Beispiel in Preußen Anfang 1931 auf 95 000, Anfang 1930 auf 104 000 Wohnungen. Eine gewisse Zurückhaltung in der Fertigstellung von Wohnungsbauten dürfte die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen gebracht haben, nach der für alle nach dem 1. April 1931 fertiggestellten Wohnungsbauten gewisse Steuerbefreiungen gewährt werden.

Die Einschränkung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau wie auch die Hoffnung auf weitere Senkung der Baukosten dürften auf den Rückgang der Baubeginne nicht ohne Einfluß gewesen sein. Dennoch blieb das Märzergebnis 1931 mit 3600 neu in Angriff genommenen Wohnungen kaum hinter dem des Februar zurück, war aber um 43 % geringer als im März 1930. Insgesamt wurden in den ersten 3 Monaten des laufenden Jahres 12 400 Wohnungen begonnen, also 27 % weniger als im Vorjahr.

Bauerlaubnisse wurden für 4700 Wohnungen erteilt, 2000 oder nicht ganz ein Drittel weniger als im Vormonat und im März 1930. Von Januar bis März 1931 wurden für 17 400 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt (5 % weniger als im Vorjahr).

Die Bauanträge für Wohnungen haben im März gegenüber dem Vormonat um annähernd 80 % zugenommen, waren aber um ein Viertel niedriger als im März 1930.

Bei den Nichtwohngebäuden ist die Entwicklung etwas günstiger. So stiegen die Bauvollendungen nach der Größe des umbauten Raumes von 851 200 cbm im Februar auf 943 000 cbm im März 1931, also um 11 %. Die Zunahme ist auf die Fertigstellung von gewerblichen Bauten zurückzuführen, deren Volumen um 20 % gewachsen ist. Auch der umbaute Raum der neu in Angriff genommenen Nichtwohngebäude ist gegenüber dem Vormonat um 282 500 cbm oder 90 % gestiegen; dies ist durch die erhebliche Zunahme der Baubeginne von öffentlichen Gebäuden bewirkt worden (von 1400 auf 309 300 cbm). Die Bauerlaubnisse haben zwar nach der Gebäudegröße abgenommen, doch nach der Zahl der Gebäude (500) gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 18 % erfahren. Im Vergleich zum März 1930 sind jedoch mit Ausnahme der begonnenen öffentlichen Bauten durchweg erhebliche Verringerungen eingetreten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres zusammen blieb die Größe des umbauten Raumes der neu erstellten Nichtwohngebäude mit 2,9 Millionen cbm um 43%, die der begonnenen Bauten um 60% und der neu genehmigten Gebäude um 48% hinter dem Ergebnis des 1. Vierteljahrs 1930 zurück.

In sämtlichen Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern wurden im März 8200 Wohnungen neu erbaut, etwa 1000 weniger als im Februar und 10 100 weniger als im März 1930. Eine kleine Zunahme ergab sich gegenüber dem Vormonat in den Gemeinden von 10 000 bis 50 000 Einwohnern sowie in den Großstädten über 500 000 Einwohner (ohne Berlin). Von der ganzen Bauleistung entfielen im März 1931 84 % (1930 = 91 %) auf die Städte über 50 000 Einwohner. Von Januar bis Mitte März 1931 zusammen war die Zahl der Bauvollendungen in sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern um 19 900 Wohnungen kleiner als das entsprechende Ergebnis des Vorjahrs; die Zahl der begonnenen Wohnungen blieb um 6100, die der zum Bau genehmigten Wohnungen um 3100 zurück.

Ein gelindes Grauen überkommt alle, die verstehen, was dieser Rückgang der Bautätigkeit bedeutet. Kein Wunder, wenn heute noch rund 70 % unserer Verbandsmitglieder ohne Beschäftigung sind. Die Regierungspolitik hat die öffentliche Bautätigkeit vollkommen lahmgelegt. Nur ein Umstand kann diesen katastrophalen Zustand ändern: Hereinnahme von Auslandsanleihen zur Belebung der Bautätigkeit. Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung zu einer entscheidenden Tat aufschwingt.

Genossenschaftsbewegung

Die Konsumgenossenschaften — ein Kernstück der Volkswirtschaft

Je länger die Weltwirtschaftskrise dauert, desto mehr zeigt sich die innere Wirtschaftskraft der konsumgenossenschaftlichen Warenverteilungsorganisationen mit ihrer Ausmündung in die Warenproduktion. Bei einem riesigen Zerfall der Privatwirtschaft, der sich ungemindert in Tausenden von Konkursen manifestiert, eine weitere Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die zwar gehemmt, da und dort auch zum Stillstand gebracht erscheint, aber keinerlei Zusammenbrüche anormaler Art zu verzeichnen hat. Denn auch der Rückgang im Warenumsatz — nach der Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1930 etwa 2 bis 3 %! —, der bei voller Auswirkung der Krise im Jahre 1931 vielleicht auf durchschnittlich 5 % sich steigern kann, beweist noch nicht einmal einen Stillstand, da die Senkung der Warenpreise mit mindestens 10 % bewertet werden muß. Im privaten Einzelhandel wird der Umsatzrückgang auf 10 bis 15 % bewertet. Woraus sich fraglos ergibt, wo die größere Widerstandskraft gegen die Folgen der Wirtschaftskrise vorhanden ist. Und wenn man vollends bedenkt, daß die finanziellen Grundlagen der deutschen Konsumgenossenschaften erst vom Jahre 1924 an wieder neu geschaffen werden mußten und im Zeitraum von nur sechs Jahren so stark gemacht worden sind, daß sie die in der Vorkriegszeit vorhandenen heute übertreffen, so steht man staunend vor einer finanziellen und wirtschaftlichen Integrität, die von den Staatsmännern und Politikern, leider aber auch von der Bevölkerung selbst lange nicht in dem Maße gewürdigt und gegen den vorhandenen Wirtschaftssturm ausgenützt wird, wie es geschehen könnte und müßte, wenn man die Bedeutung dieser genossenschaftlichen Wirtschaftsform für die Volkswirtschaft in ihrem vollen Umfang richtig erfaßt hätte.

Und wer der Meinung sein sollte, daß die Konsumgenossenschaften ihren preisbildenden Einfluß nur bei der Warenverteilung geltend machen könnten, aber nicht an der Quelle, das heißt bei der Warenproduktion, der könnte sich schon durch die Produktionsbetriebe großer Konsumgenossenschaften, erst recht aber durch die zentralisierte Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine davon überzeugen lassen, wie Monopolpreise der kartellierten Industrie oder von Handelssyndikaten auf gleichgerichtete Tätigkeitsgebiete verhindert werden können, und zwar zum Vorteil der ganzen Volkswirtschaft, nicht nur der Konsumvereinsmitglieder.

Davon mag einmal ein zufälliges aktuelles Beispiel aus dem Ausland zeugen. Der Verband schwedischer Konsumvereine, der sich vor wenigen Jahren durch die Sprengung des Mühlen- und eines Gummischuh-Kartells mit bedeutenden Preissenkungen um seine heimische Volkswirtschaft verdient gemacht hat, zeigt neuerdings wieder, und zwar mitten in einer Weltwirtschaftskrise, die auch Schweden nicht verschont gelassen hat, was die innere Kraft der konsumgenossenschaftlichen Organisation für die Volkswirtschaft eines Landes bedeutet. Der Verband eröffnet nämlich eine neue Glühlampenfabrik mit einer Jahreserzeugung von 2 Millionen Glühlampen, um den Monopolpreis eines internationalen Glühlampenkartells — merkst was, deutscher Glühlampenverbraucher?! — zu brechen. Die Kartellpreise liegen in Schweden mit 1 Krone 50 Oere Verkaufspreis pro Lampe (etwa 1,65 ℳ) um 100 % über den Produktionskosten — ein Preis, der mühelos durch die neue Genossenschaftsfabrik gebrochen werden wird. Dies ist Dienst an der Allgemeinheit, Dienst im Interesse des Volks-, nicht der Kapitalwirtschaft. Dieses neue Einzelbeispiel auf einem ganz anderm Gebiete, als dem der Nahrungsmittelproduktion, zeigt einen starken Aktionsradius der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform. Und es käme in Deutschland nur darauf an, daß Regierungen und Parteien bei der gegenwärtigen Götterdämmerung der Privatwirtschaft, die sogar schon die Generalanzeigerpresse erfaßt hat, indem sie bereits den Schrei nach unvermeidlicher „Planwirtschaft" zur Behebung der zerrüttenden Krisenwirkungen ausstößt — daß Regierungen und Parteien die Konsumgenossenschaften wenigstens tolerieren, beileibe nicht subventionieren —, statt ihre Leistungskraft mit Steuer- und andern Schikanen einzuengen.

Bahn frei den Konsumgenossenschaften, die ein Kernstück der Volkswirtschaft bilden!

Wirtschaftspolitisches

Nachtbackverbot und Brotpreis

Um den Brotpreis ermäßigen zu können, ist von verschiedenen Seiten die Aufhebung des gesetzlichen Nachtbackverbotes beantragt worden. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat Material zusammengestellt, woraus hervorgeht, daß von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachtbackverbot keine Rede sein kann. Von den Großbäckereien kommen nur 81 für einen Dreischichtenbetrieb in Frage, da sie mehr

als 20 Arbeiter im Backprozeß beschäftigen. Der Lohnanteil bei einem Brot beträgt 6 bis 7 %. Bei einem Durchschnittsbrotpreis von 38,8 ₰ je Kilogramm Brot entfallen 5,84 ₰ auf die Herstellungskosten. Damit dürfte die Behauptung entkräftet sein, daß durch die Aufhebung des Nachtbackverbotes der Brotpreis um 4 bis 7 ₰ gesenkt werden kann. Würde die Nachtarbeit wieder zugelassen, dann würde, gemessen am Gewicht des Berliner Brotes auf 8 beziehungsweise 4 Brote eine Ersparnis von 1 ₰ entfallen. Die Verteuerung des Brotes liegt also nicht am Nachtbackverbot, sondern an der Hinaufschraubung der Rohstoffpreise durch die Zoll- und Wirtschaftspolitik. Das Nachtbackverbot ist eine Kulturerrungenschaft, an der nicht gerüttelt werden darf.

Weitere Arbeitsmarktentlastung

In der zweiten Aprilhälfte hat sich die Frühjahrsentlastung auf dem Arbeitsmarkt fortgesetzt. Die Zahl der Arbeitslosen ist um 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 zurückgegangen; in der Krisenfürsorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen. Die Hauptunterstützungsempfänger haben gegenüber dem Höchstpunkt Mitte Februar einen Rückgang von 700 000 erfahren. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahre beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Ende April waren noch 4 389 000 Arbeitslose vorhanden. Zwei Drittel der während der Berichtszeit wieder in Beschäftigung gelangten Arbeitskräfte wurden vom Saisonaußengewerbe aufgenommen. Das Spinnstoffgewerbe und das Bekleidungsgewerbe nahmen weitere Arbeitskräfte auf. In der Metallindustrie ist die Abwärtsbewegung zum Stillstand gekommen. In einzelnen Bezirken schritt man zur Wiedereinstellung von Arbeitskräften. Der Steinkohlenbergbau hat weiter Arbeitskräfte entlassen. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, der Lederindustrie, der chemischen Industrie und der Papierindustrie war die Lage uneinheitlich. Die Arbeitslosigkeit Ende April 1931 war noch um 1 600 000 höher als zu der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotzdem muß man den erfolgten Rückgang begrüßen.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Notverordnung und Arbeitslose!

In den Krankenkassenverwaltungen ergeben sich bei der Abfertigung von Arbeitslosen infolge der erlassenen Notverordnung zur Reichsversicherungsordnung fast täglich Abfertigungsschwierigkeiten. Es ist dieses wohl verständlich, aber für die Arbeitslosen mit gewissen Unannehmlichkeiten verbunden. Die Beherrschung der neuen diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen müssen erst „erlernt" beziehungsweise richtig „begriffen" werden. Im Nachstehenden sollen diese daher in leichtverständlicher Weise uns erläutert werden.

Nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen sind für den Fall der Krankheit diejenigen Arbeitslosen versichert, die die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder die Krisenunterstützung beziehen. Diese Arbeitslosen gelten nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung als Pflichtversicherte, und die Regelung der Zahlung der Beiträge für diese Versicherten sowie die An- und Abmeldungen erfolgen bei der in Frage kommenden Krankenkasse durch das zuständige Arbeitsamt. In der zuständigen Krankenkasse stehen diesen Versicherten die vollen Mitgliedsrechte zu, so zum Beispiel bei den Wahlen zu den Kassenorganen wie auch in bezug auf Kassenleistungen. Es müssen also auch den Familienangehörigen der krankenversicherten Arbeitslosen von der zuständigen Krankenkasse dieselben Leistungen gewährt werden wie den Familienangehörigen der übrigen Kassenmitglieder. Eine Abweichung von den sonstigen Bestimmungen stellt nur die Bestimmung über die Höhe des an den Arbeitslosen zu zahlenden Krankengeldes dar. Während sich die Höhe des Krankengeldes der übrigen Mitglieder nach dem jeweiligen Grundlohn richtet, ist an den Arbeitslosen als Krankengeld der Betrag zu zahlen, den er als Arbeitslosenunterstützung erhielte, wenn er nicht erkrankt wäre, das heißt in Wirklichkeit, daß die zuständige Krankenkasse an den einzelnen Arbeitslosen in Erkrankungsfällen die sonst vom Arbeitsamt bezogene Arbeitslosenunterstützung unter der Bezeichnung „Krankengeld" weiterzahlt. Der Krankengeldbezug beginnt für Arbeitslose mit dem vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit, also wie bei den übrigen Krankenkassenmitgliedern, und zahlt bis zu diesem Tage das Arbeitsamt an den Arbeitslosen die Unterstützung weiter, worauf besonders verwiesen sei.

Nun sind durch die Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 26. Juli und 1. Dezember 1930 umfangreiche Krankenversicherungsänderungen eingetreten. Wenn auch diese Veränderungen die Bestimmungen der Verordnungen über die Krankenversicherung Arbeitsloser nicht wesentlich berühren, so wirken sie doch auch auf die Krankenhilfe für Arbeitslose ein. Dieses ist besonders die Bestimmung der Notverordnung betreffs „Arzneikostenbeitrag der Versicherten" (§ 182a der Reichsversicherungsordnung) und betreffs Krankenscheingebühr (§ 187b der Reichsversicherungsordnung). Der § 182a bestimmt bekanntlich, daß der Versicherte bei der Abnahme von Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln von jeder Verordnung 50 ₰ selbst zu tragen hat. Ferner hat nach § 187b der Versicherte für die Krankenhilfe einen Krankenschein zu lösen und dafür eine Gebühr von 50 ₰ zu entrichten, wovon die Arbeitslosen befreit sind, sofern sie die Hauptunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung oder als Ausgesteuerte Leistungen der öffentlichen Fürsorge erhalten. Nicht hiervon befreit sind Arbeitslose, die nicht in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommen können, weil die Voraussetzungen für den Bezug (Wartezeiterfüllung usw.) nicht vorliegen. Desgleichen sind diejenigen Arbeitslosen nicht befreit, die an sich Anspruch auf Unterstützung haben, aber dieselbe einstweilen nicht erhalten, weil vom Arbeitsamt Sperrfristen wegen Nichtannahme von Arbeit, Verlassen der Arbeitsstätte ohne wichtigen Grund usw. verhängt worden sind. Das gleiche gilt für Arbeitslose, denen die Unterstützung zeitweilig entzogen wird.

Besonders sei nun noch hervorgehoben, daß auch die Familienangehörigen der Arbeitslosen nicht unter die vorerwähnten Befreiungsvorschriften fallen. Vielmehr hat der Arbeitslose für jeden Krankenschein, den er für seine Angehörigen löst, 50 ₰ Gebühr an die zuständige Krankenkasse zu entrichten. Diese Vorschrift bedingt eine gewisse Härte, die aber von der zuständigen Krankenkasse nicht behoben werden kann. Zu den Arzneikosten usw. haben die Krankenkassen in allen Familienhilfefällen und für alle Kassenmitglieder die Hälfte zu zahlen.

Infolge der hohen Zahl der Arbeitslosen und des damit verbundenen Ab- und Zugangsverkehrs der Arbeitslosen sind meistenteils bezüglich der An- und Abmeldungen der Arbeitslosen zwischen den Krankenkassen und Arbeitsämtern besondere Vereinbarungen getroffen worden. Einmal auch darin, daß, wenn der Arbeitslose für sich selbst oder für seine Angehörigen die Krankenhilfe in Anspruch nehmen will, bevor er zur Krankenkasse geht, er eine sogenannte Mitgliedsbescheinigung vom Arbeitsamt anfordern muß und diese der Krankenkasse vorzulegen hat. Selbstverständlich müssen die Bescheinigungen vollauf die Personalien, den Unterstützungsbeginn, Ende und Höhe der Arbeitslosenunterstützung enthalten. Durch diese Arbeitsamtsbescheinigungen können die Krankenkassen dann an die Arbeitslosen die Behandlungsscheine für Aerzte, Zahnärzte usw. ausfertigen, und die erkrankten Personen können eher Hilfe erhalten. Bei einigem Hand-in-Hand-Arbeiten der Arbeitsämter und Krankenkassen dürfte diese Vereinbarung sich im Interesse der Arbeitslosen und deren Angehörigen bewähren, so daß diese einzuführen überall nur empfohlen werden kann.

R. V.

Falsche Behandlung verschlimmert das Uebel

Kaum auf einem Gebiet gibt es so viele törichte alte Hausrezepte wie auf dem der Verbrennungen. Trotz aller Aufklärung vererben sich die längst als falsch, ja gefährlich bekannten Maßnahmen von Generation auf Generation. Vielleicht wird dieser Uebelstand dadurch erklärlich, daß Brandwunden auch leichteren Grades ungewöhnlich stark schmerzen, so daß die Betroffenen und die, die ihnen helfen wollen, den Kopf verlieren und irgend etwas tun, nur damit etwas getan wird.

Bestell Nr.- 364 -d. Unfallverhütungsbild G.m.b.H. b. Verb. d. Dtsch. Berufsgenossenschaft. Berlin W.9.

An jeder Arbeitsstelle muß entsprechend den Vorschriften der Berufsgenossenschaften eine Einrichtung für „Erste Hilfe" vorhanden sein. In größeren Werken ist es meistens eine Sanitätsstube oder ein Verbandzimmer, in mittleren und kleinen Betrieben muß aber wenigstens ein Verbandkasten vorhanden sein. In jedem vorschriftsmäßigen Verbandkasten befindet sich auch eine Brandbinde. Die richtige Anwendung dieser Brandbinde ist für den Verbrannten eine Wohltat; denn die in solcher Brandbinde enthaltenen Stoffe lindern augenblicklich die wahnsinnigen Schmerzen, ja lassen sie meist binnen kurzem völlig verschwinden. Außerdem verhindern sie die Verunreinigung der Brandwunde, die sonst natürlich wie jede andere Wunde Infektionsmöglichkeiten und damit die Gefahr von Entzündungen, Vereiterungen, Blutvergiftungen usw. in sich trägt. Auch in jedem Haushalt, jeder Schule, jedem öffentlichen Gebäude sollten Verbandkästen in der von den Berufsgenossenschaften vorgeschriebenen Zusammenstellung vorhanden sein.

Wie die Firma Opel für ihre Gruppenversicherung wirbt

Wie bekannt, hat die Firma Adam Opel AG., Rüsselsheim, die von der General Motors Company kontrolliert wird, für ihre Arbeiter eine Gruppenversicherung nach amerikanischem Muster eingeführt. Die Firma hat in der Oeffentlichkeit darauf hingewiesen, daß die Arbeiter zu 90 % der Gruppenversicherung beigetreten sind. Dies wurde als ein Erfolg hingestellt. Wie dieser Beitritt erzwungen wurde, geht aus einem Schreiben hervor, das uns ein zuständiger Vertrauensmann der Volksfürsorge übermittelte. In dem Schreiben heißt es unter anderm: „Von den einzelnen Betriebsleitern wurde ein gewisser Zwang ausgeübt, der Gruppenversicherung beizutreten. Einer unserer Vertrauensleute wurde nach seinen Angaben in die Abteilung Hofarbeit, also eine minderwertigere Arbeitsstelle, versetzt; den andern Werksangehörigen wurde zum Teil gesagt: „Wenn ihr nicht beitretet und es kommt wieder eine Krise, wissen wir auch, was wir zu tun haben." Einem andern Mitarbeiter wurde von dem ihm bekannten Meister gesagt: „Damit du vollarbeiten kannst, habe ich dich aus der andern Abteilung geholt, und du willst den Beitritt verweigern?"

Wenn man derartig für eine angeblich gute Sache werben muß, dann kann es mit der Güte derselben nicht allzuweit her sein. Wir hätten von der Firma Opel erwartet, daß sie es ihren Arbeitern und Angestellten vollkommen freigestellt hätte, ob der Beitritt gewünscht würde oder nicht. Mit Zwangsmitgliedern zu prunken, sieht nicht nach Stärke aus.

Einnahmen und Vermögensbestand der Volksfürsorge im Vorjahre

Nach vorläufig bekanntgewordenen Zahlen hat das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen im Vorjahre an Prämien und Kapitalerträgen rund 59 Millionen Mark vereinnahmt, trotzdem die allgemeine Wirtschaftslage auch auf die „Volksfürsorge" nicht ohne Einfluß geblieben ist. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1930 rund 131,9 Millionen Mark. Er verteilt sich wie folgt:

Grundbesitz	4,3	Millionen Mark
Hypotheken	79,7	„ „
Kommunaldarlehn und Wertpapiere	42,3	„ „
Bankguthaben	5,6	„ „

Der größte Teil der Hypotheken und Kommunaldarlehn wurde in Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Genossenschaften und zur Förderung der gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiet der Selbsthilfe angelegt. Beide Positionen umfassen mit 122 Millionen Mark fast 90 % der gesamten Kapitalanlage. Aus diesen Zahlen geht die große Bedeutung der „Volksfürsorge" für die Kapitalbeschaffung deutlich hervor. Demnächst findet die Generalversammlung des Unternehmens statt, und wir werden dann an Hand der genau vorliegenden Zahlen und Beschlüsse über den gesamten Geschäftsverlauf, Gewährung der Gewinnanteile für die Versicherten usw. ausführlich berichten.

Die Volksfürsorge im 1. Quartal 1931

Der ungünstige Stand unserer Wirtschaft ließ Anfang des Jahres auch bei den Lebensversicherungsunternehmungen nicht gerade großen Optimismus aufkommen. Die Volksfürsorge, die vornehmlich die kleine Lebensversicherung betreibt und den größten Teil ihrer Neuanträge aus den Reihen der Arbeitnehmerschaft erhält, befand sich in besonders schlechter Position, da gerade die Arbeitnehmerschaft unter der Wirtschaftskrise am stärksten zu leiden hat. Jetzt liegt das Geschäftsergebnis für das 1. Quartal 1931 vor. Aus diesem Bericht entnehmen wir, daß das Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft überraschend gut abschneiden konnte. Der Zugang an Neuanträgen beziffert sich für diese Zeit auf 85 036 Anträge mit 37 308 697 ℳ Versicherungssumme. Das ist ein durchschnittliches Monatsresultat von über 28 000 Anträgen. Im Monat März konnten allein rund 32 000 neue Versicherungsanträge eingebracht werden; wenn man die Umstände in Betracht zieht, ein sehr beachtliches Resultat. Seit einiger Zeit hat die Volksfürsorge auch eine besondere Werbung entfaltet, um ihre Versicherten, die aus irgendwelchen Gründen die Prämienzahlung eingestellt haben, zur Wiederinkraftsetzung der Versicherung zu bewegen. Günstige Wiederinkraftsetzungsbedingungen erleichtern diese Werbung. Das Ergebnis kann ebenfalls als gut bezeichnet werden. Es wurden im 1. Quartal rund 8092 Wiederinkraftsetzungen vorgenommen.

In steigendem Maße bedient sich die Arbeiterschaft, wie diese Zahlen beweisen, zum Abschluß von Versicherungen der Volksfürsorge. Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß der Ruf von der Solidität und großen Leistungsfähigkeit dieses Unternehmens in immer weitere Kreise dringt und zum Abschluß einer Versicherung anregt.

Arbeitsrechtliches

Rund um den § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes

Anrufung des Ausschusses: Vor der Entscheidung des Ausschusses ist das Arbeitsgericht unzuständig. So entschied das Reichsarbeitsgericht schon in mehreren auf diese Frage abgestellten Fällen. Wenn das auch die Regel bedeutet, so gibt es aber noch eine Reihe von Ausnahmen. Besteht eine Innung und ist ein Ausschuß gebildet, dann sind die arbeitsgerichtlichen Prozeßvoraussetzungen, wenn von einem bei einem Innungsmeister beschäftigten Lehrling ein Streitfall entsteht und das Verfahren vor dem Ausschuß zum Abschluß gekommen ist, gegeben. Ein in diesem Sinne lautendes Urteil fällte das Landesarbeitsgericht in Erfurt vom 16. Dezember 1930, wo es heißt: Die Prozeßvoraussetzungen des § 111 AGG. greifen nur dort durch, wo eine Innung besteht und diese einen Ausschuß gebildet hat. Die Möglichkeit der Organisationen, auf die Bildung einer Innung und Errichtung eines Ausschusses hinzuwirken, ist keine geeignete Begründung, die Entscheidung des Arbeitsgerichts von der Anrufung des Ausschusses abhängig zu machen. Dem Berufungsurteil lag zugrunde, daß für

das betreffende Gewerbe keine Innung vorhanden war und trotzdem das Arbeitsgericht die Klage des Lehrlings abwies, weil es an einer Entscheidung eines Innungsausschusses, die auf jeden Fall der Klage vorhergehen müsse, fehle.

Wie unverständlich heute noch Gerichte Recht zu sprechen versuchen, wird in diesem Fall typisch zum Ausdruck gebracht. Eine erschöpfende Rechtsbelehrung mußte sich der Vorderrichter erst vom Berufungsrichter erteilen lassen. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob eine Innung gezungen werden kann, einen Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten zu errichten oder ob die Klage des Lehrlings als unzulässig abgewiesen werden müsse. Der Kommentar von Flatow-Joachim zum Arbeitsgerichtsgesetz hält den Rechtsweg, wenn kein Ausschuß besteht, daß die Anrufung des Arbeitsgerichts dann ohne weiteres gegeben ist, für zulässig. Der Vorderrichter stützte sich aber auf den Kommentar von Schminke-Sell, wo die Unzulässigkeit vertreten wird, das Arbeitsgericht anzurufen, solange ein Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten nicht gebildet ist. Nach letzterer Auffassung würde in vielen Fällen den Lehrlingen der Rechtsweg für immer versperrt. Ueber die zwangsmäßige Bildung eines Ausschusses vertritt der Berufungsrichter die Auffassung, daß, wenn nämlich eine Innung bereits besteht, von Staats wegen auf die Bildung eines Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten hingewirkt werden kann. Somit könnte eine Partei, die eine Lehrlingsstreitigkeit vor das Arbeitsgericht bringen will, durch den Staat erreichen, daß ein Ausschuß bei der Innung gebildet wird. Wenn dies auch ein sehr umständlicher Weg sei, so bestände für die Partei doch immerhin die Möglichkeit, die Vorentscheidung des Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten, der durch Einwirkung des Staates (Aufsichtsbehörde der Innungen) zu erlangen. In dem Fall ist es jedoch für einen klagenden Lehrling unmöglich, die Bildung eines Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten und die erforderlichen Vorentscheidungen herbeizuführen, wo eine Innung überhaupt nicht besteht. Der Staat ist nicht in der Lage, die Gewerbetreibenden zu verpflichten, sich innungsmäßig zusammenzuschließen. Die Gewerbeordnung bestimmt hierüber, daß die Bildung einer freien Innung von einem Antrag der betreffenden Gewerbetreibenden abhängig ist. Zur Bildung einer Zwangsinnung gehöre nach § 100 GO. der Antrag eines Beteiligten; beteiligt in diesem Sinne sind aber nur die Gewerbetreibenden § 107 f Absatz 1 GO. Für Kläger, die bei Nicht-Innungsmeistern beschäftigt sind, besteht also nirgends die Möglichkeit, die Errichtung einer Innung durchzusetzen zum Zwecke der Bildung eines Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten. Die Berufungsinstanz vertrat deshalb mit Recht den Standpunkt, daß in einem Falle, wo eine Innung überhaupt nicht besteht, das Arbeitsgericht ohne die Vorentscheidungen des Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten sogleich zuständig ist.

Dieser Standpunkt wird auch nur allein dem Sinne des Gesetzes gerecht. Wenn der Gesetzgeber durch Einfügung des § 111 in das Arbeitsgerichtsgesetz den Innungen die Konzession der Mitbestimmung über Regelung von Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis eingeräumt hat, so setzte er voraus, daß zum mindesten eine Innung besteht und die Bildung eines Ausschusses zur Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten möglich ist. Dem Lehrling würde die Verfolgung eines Rechtsstreits unmöglich gemacht werden, wenn die Ansicht des Vorderrichters, der dem Kläger anheim gab, zu versuchen, eine Innung zu bilden, vorherrschend gewesen wäre. Dieser Auffassung könnten eine Reihe von Einwendungen entgegengehalten werden; zum ersten haben wir Gegenden in Deutschland, wo das Innungswesen noch wenig ausgebaut ist oder es gibt in einem größeren Bezirk nur ein oder zwei Gewerbetreibende für das betreffende Handwerk, die keine Innung bilden können. Damit wäre für die Lehrlinge die Möglichkeit, ihre Klagen bis zur endgültigen Entscheidung durchzufechten, nie gegeben.

Das Verfahren vor dem Ausschuß kommt auch nur für Innungs-Lehrlinge in Betracht, solange ein Lehrverhältnis vorliegt. Der Innungsausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten ist dagegen nicht mehr zuständig, wenn der Rechtsstreit durch einen Rechtsnachfolger des Lehrlings, trotzdem es sich auch um Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis handelt, geführt wird. Die Eltern als Erben des verstorbenen Lehrlings brauchen deshalb den Ausschuß nicht anzurufen und können unmittelbar vor dem Arbeitsgericht klagen. Diese Auffassung vertrat ebenfalls ein Landesarbeitsgericht, und sie hat sich als allgemeine Auffassung durchgesetzt. Es handelt sich um einen Rechtsstreit zwischen den Eltern eines verstorbenen minderjährigen Lehrlings und dessen Lehrherrn wegen rückständigen Lohnes aus dem Lehrverhältnis, das zugleich durch die Anerkennung des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag ein Arbeitsverhältnis ist. Für derartige Streitigkeiten ist das Arbeitsgericht allein zuständig, und zwar auch dann, wenn der Rechtsstreit durch einen Rechtsnachfolger geführt wird, was aus den Vorschriften des § 2 Absatz 2 AGG. hervorgeht. Das Landesarbeitsgericht betonte, daß die Ansicht des beklagten Lehrherrn, daß dem Arbeitsgerichtsverfahren eine Verhandlung und Entscheidung vor dem Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten vorauszugehen habe, unzutreffend sei. Dieser Ausschuß verliere seine Zuständigkeit, wenn der Lehrling verstorben ist und die Streitigkeit mit einem Rechtsnachfolger durchzuführen ist. Deshalb bildet in diesem Falle mit Recht das Verfahren vor dem Ausschuß keine Prozeßvoraussetzung für das arbeitsgerichtliche Verfahren. Anders ist es mit der im Reichstarifvertrag für das Baugewerbe enthaltenen tariflichen Schlichtungskommission, die auch vom Rechtsnachfolger angerufen werden muß, um Lohnforderungen aus dem Lehrverhältnis im arbeitsgerichtlichen Verfahren auszuklagen.

Nochmalige Anrufung des Ausschusses: Infolge der kurzen Fristen des § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes von einer Woche für die Erklärung über Annahme oder Ablehnung eines Schiedsspruches des Ausschusses und von einer weiteren Woche für die Anrufung des Arbeitsgerichts kommen sehr viele Fristversäumnisse vor, wobei bisher die Auffassung vertreten wurde, daß damit auch die Rechtsansprüche des Lehrlings erloschen sind. Hierzu hat das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil folgenden Grundsatz aufgestellt: Ein nicht ausdrücklich anerkannter Spruch des Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten einer Innung erzeugt eine Bindung unter den Parteien nicht. Er schafft den Parteien nur die Möglichkeit, nunmehr binnen zwei Wochen nach ergangenem Spruche die Klage vor dem Arbeitsgericht zu erheben. Diese Frist ist eine Ausschlußfrist. Wird die Klage vor ihrem Ablauf nicht anhängig gemacht, so verliert der Spruch seine Wirkung überhaupt. Eine selbständige Bedeutung kommt ihm nicht zu. Aus diesem Grundsatz sind zwei Möglichkeiten herauszuschälen: Erstens, daß der Rechtsstreit nach Ablauf der Frist wieder erneut anhängig gemacht werden kann, und zweitens bedeutet er, daß auch der verurteilte Lehrmeister den Spruch des Innungsausschusses nicht als Grundlage für das Erlöschen der Forderung des Lehrlings heranziehen kann. Es besteht deshalb aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen heraus keine Veranlassung, einen erneuten Antrag des Klägers an den Ausschuß für Lehrlingsstreitigkeiten nicht zuzulassen. Trotzdem kann nur dringend empfohlen werden, die Fristen zu beachten und einzuhalten; denn die Möglichkeit der nochmaligen Anrufung des Ausschusses ist vom Reichsarbeitsgericht noch nicht direkt anerkannt und auch sonst von verschiedenen Arbeitsrechtlern stark umstritten. Vielleicht ist es in absehbarer Zeit möglich, eine grundsätzliche Stellungnahme des Reichsarbeitsgerichts, wo die Wiederanrufung des Ausschusses deutlich ausgesprochen wird, zu erlangen.

Politische Wochenschau

Reichskabinett und Genfer-Tagung — Verabschiedung des Preußenetats — Die Minister Mecklenburgs gegen einen Anschluß an Preußen — Wie Frick Thüringen regierte

Das Reichskabinett beschäftigte sich in den letzten Sitzungen nur mit der bevorstehenden 63. Tagung des Völkerbundes. In Genf, dem Sitz des Völkerbundrates, werden wichtige und besonders Deutschland interessierende Fragen behandelt. Besonders wird es Aufgabe des Reichsaußenministers Dr. Curtius' sein, die vom Ausland stark bekämpfte deutsch-österreichische Zollunion zu verteidigen. Die Alliierten bekämpfen den deutsch-österreichischen Wirtschaftsvertrag; denn sie erblicken darin eine politische Verbrüderung der beiden Länder. Auch die Rechtsfrage, ob Deutschland überhaupt auf Grund des Versailler Vertrages berechtigt ist, solche Verträge abzuschließen, wird eine große Rolle spielen. Eine Ueberweisung an den Haager Weltgerichtshof wird ebenfalls sehr stark in außenpolitischen Kreisen erörtert. Wahrscheinlich wird sich bereits die Europa-Kommission, die noch vor der Ratstagung zusammentritt, mit diesem Fragenkomplex befassen. Hat doch die deutsche Regierung einen besonderen Antrag eingebracht, daß die Europa-Kommission die gegenwärtigen Zollverhältnisse in Europa und das Scheitern der Handelskonvention von 1930 — worüber später dem Rate ein Spezialbericht erstattet werden wird — noch einmal prüfen soll. Ferner ist bekannt, daß Briand gegenüber dem Plane der deutsch-österreichischen Zollunion ein großes europäisches Gegenprojekt vorlegen wird. Der deutsch-polnische Konflikt wegen Unterdrückung der deutschen Minderheiten ist ebenfalls Gegenstand ernster Beratungen. Noch mit einer Fülle anderer Fragen wird sich der Rat zu befassen haben. Den Vorsitz führt Außenminister Dr. Curtius. Ueber die von der deutschen Delegation in Genf einzunehmende Haltung ergab sich im Reichskabinett völlige Einmütigkeit.

*

Programmäßig verabschiedete Preußen seinen Etat. In der gesamten Abstimmung wurde der Etat mit 230 gegen 167 Stimmen angenommen. Bei den umfangreichen Beratungen hat es keine Zusammenstöße und keine Ausschreitungen gegeben, und wenn man von einer Nachtsitzung absieht, keinen einzigen Versuch zur Obstruktion. Der Preußische Landtag mit seiner Weimarer Mehrheit bietet also in ganz Deutschland noch immer ein glänzendes Bild sachlicher parlamentarischer Arbeit. Im Preußischen Landtag haben die Nazis die ganzen Etatberatungen von Anfang Januar bis Mitte Mai geschwänzt. Sie haben zum ganzen Haushalt nicht eine Silbe geredet und an keiner Sitzung zur Abstimmung teilgenommen und für die ganzen fünf Monate nur die vollen Diäten eingesteckt, ohne einen Finger zur Arbeit zu rühren. So sieht nationalsozialistische Parlamentsarbeit aus, dafür sind sie aber große Maulhelden in Versammlungen, und Mordbuben aus dem Hinterhalt.

*

Das Staatsministerium von Mecklenburg-Schwerin verkündet feierlich die Kleinstaaterei, sie soll leben Hoch... — Die Staatsmänner aus dem Lande des Ochsenkopfes hatten sich dazu veranlaßt gefühlt, weil einige Parteien, die Ernst machen wollten mit der Staatsvereinfachung, von den dazu notwendigen Verhandlungen mit Preußen sprachen. Die Bevölkerung des Freistaates Mecklenburg-Schwerin hat sich also zu früh gefreut, um vom modernisierten Preußen übernommen zu werden. Die „Minister" sind dagegen, und deshalb bleibt es beim alten.

*

Der Exminister Frick hat den thüringischen Staat während seiner Amtszeit nationalsozialistisch regiert. Einem Geheimvertrag ist man jetzt auf die Spur gekommen. Große Erregung entstand in der Mittwoch-Sitzung des Thüringer Landtags, als auf Verlangen der Sozialdemokraten der Vertrag bekanntgegeben wurde, den Frick mit seinem Parteifreund Schultze, Naumburg, dem Leiter der Kunsthochschule in Weimar, abgeschlossen hat. In diesem Vertrag heißt es einleitend: „Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags wird folgender Vertrag abgeschlossen", ohne daß der mit dem 1. April 1930 in Kraft getretene Vertrag von Frick jemals dem Landtag vorgelegt worden wäre. Erst jetzt erhielt der Landtag von dem Vertrag Kenntnis. Das Land Thüringen kann den Vertrag erstmalig zum 31. März 1933 kündigen. Schultze dagegen hat das Recht, den Vertrag zu kündigen, wenn die Ziele der Lehranstalten, wie dieselben von Schultze näher dargelegt sind, durch Maßnahmen oder Anordnungen des Landes in wesentlichen Punkten gefährdet werden, zum Beispiel durch erhebliche Beschränkung der Haushaltsmittel. In diesem Falle erhält Schultze eine Abfindung in Höhe der für den Rest der Vertragszeit noch zu zahlenden Jahresvergütung, jedoch nicht über 15 000 *M* hinaus. Der Landtag beschloß, daß ihm der Vertrag sofort im Wortlaut vorzulegen ist, damit er dazu Stellung nehmen kann. Es entsteht die Frage, ob Frick für den Schaden, der dem Lande durch den Abschluß des Vertrages entstanden ist, haftbar gemacht werden kann. Hoffentlich ist das möglich. Es ist haarsträubend, wie diese „nationalen" Erneuerer für ihre Parteifreunde auf Kosten der Steuerzahler Geschäfte abschließen und den Staat betrügen.

Briefkasten der Redaktion

Mühlhausen in Thüringen. Anonyme Schreiben werden grundsätzlich nicht veröffentlicht; sie wandern in den Papierkorb, auch dann, wenn sie von Mitgliedern kommen, die jahrzehntelang dem Verbande angehören.

Literarisches

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. „Lenz und Liebe" ist das Motto für die Mainummer der „Gesundheit", der kostenlos an den Kassenschaltern verteilten, vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes.

Das neue Bild. Kann das soziale Foto ein Kampfmittel sein? Dieser Frage ist ein Teil des neuen Heftes der Monatsschrift gewidmet. Es behandelt ferner die für den werktätigen Amateurfotografen wichtige Frage des Kleinformats, gibt ausführliche Anweisungen für die Herstellung von Sportbildern, Aufnahmen in der freien Natur usw. „Das Neue Bild", das nur 40 ₰ monatlich kostet, und von jeder Volksbuchhandlung, durch die Post oder durch den Verlag in Berlin S 42 bezogen werden kann, ist jedem Freunde schöner Bilder, besonders natürlich dem werktätigen Amateurfotografen zu empfehlen.

„So macht man Dollars" (Mountain City). Der Roman eines Selfmademan. 1. bis 35. Tausend. Malik-Verlag, Berlin W 50, Passauer Straße 3. Preis gebunden 4,80 *M*. Eines Bauernjungen Aufstieg zum Millionär. Jed Rusher, ein Sohn des rauhen Westens, will unabhängig, reich und mächtig werden. Selbstbewußt und ohne Rücksichten geht er auf sein Ziel los. Er verschmäht kein Mittel —, selbst die Liebe ist ihm Sprungbrett in jene Welt, von der er seit frühester Jugend träumt. Nachdem die ersten, steilsten Stufen erklommen sind, geht es rasch vorwärts; es beginnt eine skrupellose und aufreibende Jagd nach Besitz und immer mehr Besitz. Das Buch schildert jenen wahnwitzigen Kampf aller gegen alle, der im Lande der „unbegrenzten" Möglichkeiten die krassesten Formen angenommen und nicht zuletzt die hilflose Verwirrung des internationalen Wirtschaftslebens verursacht hat. Sinclair schuf auf Grund genauester Kenntnisse der sozialen und ökonomischen Verhältnisse Amerikas ein Werk, das ähnliches Aufsehen erregen wird wie seinerzeit „Petroleum".

Die „Neuen Blätter für den Sozialismus" beschäftigen sich in ihrem Maiheft vornehmlich mit den Themen des Leipziger Parteitages und bringen dazu wichtiges Material. Wilhelm Sollmann schreibt über „Jugend und Partei". Er fordert von der Partei, daß sie dazu beiträgt, die sozialistische Gedankenwelt möglichst lebensfrisch zu gestalten, um sie an die Jugend heranbringen zu können. Die Jugend selber soll aber auch in den „Apparat" hineingehen und sich den gewünschten Einfluß erarbeiten. Walther Pahl nimmt von der jungen Generation aus Stellung. Theodor Haubach vergleicht in seinem Aufsatz „Die militante Partei" den Aufbau und das innere Leben der SPD. und der NSDAP. und zieht daraus wertvolle Lehren. Professor Eduard Heimann stellt in einem größeren Beitrag „Deutscher und russischer Sozialismus" die beiden Grundhaltungen einander gegenüber. Die „Neuen Blätter für den Sozialismus" erscheinen monatlich im Verlag Alfred Protte, Potsdam. Der Preis beträgt auch bei vergrößertem Umfang für das Einzelheft 1 *M*, für das Vierteljahr 2,75 *M*. Probenummern werden vom Verlag gern zur Verfügung gestellt.

Anzeigen

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 12. Mai starb unser Kamerad **Anton Klingner** im Alter von 72 Jahren an Magenkrebs.

Creuzburg an der Werra. Am 9. Mai starb unser Kamerad **Karl Werkmeister** im Alter von 56 Jahren an Nervenleiden.

Elmshorn. Am 9. Mai starb unser Kamerad **Hinrich Köhnke** im Alter von 68 Jahren an Schlaganfall.

Hamburg. Am 12. Mai starb unser Kamerad **Gustav Liermann** im Alter von 75 Jahren an Krebs.

Kulmbach. Am 14. April starb unser Kamerad **Johann Pausch** im Alter von 16 Jahren.

Küstrin. Am 5. Mai ertrank unser Kamerad **Paul Melcher** im Alter von 30 Jahren.

Oels in Schlesien. Am 9. Mai starb unser Kamerad **Fritz Witschel** im Alter von 43 Jahren durch Freitod.

Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Ziebingen.

Lokalgeschenke können an durchreisende Kameraden nicht mehr gewährt werden. [3 *M*] **Der Vorstand.**

Verleger: Wilhelm Wolgast. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Sauer. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.